

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 43 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13608.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvorschritt 85 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk — Schluss der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Ein neuer englischer Durchbruchversuch gescheitert Die Delegation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für Stockholm.

Die neuesten Meldungen.

Interpellationen der „Mehrheits“-fraktion.

Berlin, 4. Mai. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossene, folgende Interpellation im Reichstag einzubringen: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß durch Bestimmungen der militärischen Befehlshaber in Elsaß-Lothringen andauernd gegen die elsass-lothringische Bevölkerung, gegen das Schutzhafengesetz und gegen die Immunität der Reichstagsabgeordneten verstoßen wird? Als Neben für diese Interpellation wurden bestimmt die Genossen Wendel und Böhle.

Berlin, 4. Mai. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beantragt, wie der Vorwärts meldet, folgende Resolution, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die von verschiedenen stellvertretenden Generalkommandos erlassenen Verordnungen über Arbeitskräfte in den Land- und Forstwirtschaften, die mit Bestimmungen des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst in Widerspruch stehen, aufgehoben werden.

Die Kabinetskrise in Griechenland.

Athen, 2. Mai. (M. S. P.) J. A. im. is. übernimmt das Ministerium des Innern, Kallis wieder das Finanzministerium. Die übrigen Minister werden heute abend ernannt werden.

Eine Abgabe an den Grafen Tisza.

Budapest, 3. Mai. (M. S. P.) Die in Kreisen der Regierungspartei verläutet, teilen die Abgeordneten Graf Esterhazy und Graf Bethlen dem Ministerpräsidenten Tisza mit, daß sie nicht in der Lage seien, das Angebot des Ministerpräsidenten, in das Kabinett einzutreten, anzunehmen.

Die norwegischen Schiffsverluste im April.

Kopenhagen, 3. Mai. Nationaltidende meldet aus Christiania: Die Zahl der im April versenkten norwegischen Schiffe beträgt über 70. Es sind gegen 100 norwegische Seeleute umgekommen. Im März wurden 88 Schiffe versenkt. Wenn der deutsche U-Bootkrieg in der gleichen Weise wie bisher fortgesetzt wird, ist die norwegische Handelsflotte für Auslandsfahrten im Laufe von anderthalb Jahren vernichtet.

Anfragen über die englisch-französische Offensive.

Genf, 4. Mai. Die Interpellationen über die französisch-englische Offensive häufen sich. Heute liegen bereits ein Duzend vor. Alle werden in einer Geheim Sitzung Ende Mai verhandelt werden, gleichzeitig mit Interpellationen über den U-Boot-Krieg. (W. S. P.)

Einberufung des japanischen Parlaments.

Stockholm, 4. Mai. Aus Tokio wird gemeldet: Das japanische Parlament wurde zum 6. Juni einberufen. (Frankf. Ztg.)

Eisenbahnunfall in Bayern.

Neumarkt (Oberpfalz), 3. Mai. (M. S. P.) Auf der Strecke nach Regensburg ereignete sich heute zwischen Duerling und Eichenhofen ein Dammrutsch, wodurch ein Güterzug entgleiste. Ein Wagenwärtler wurde getötet, der Zugführer und der Dreher wurden verletzt. Beide Geleise waren bis heute abend gesperrt.

Veränderungen in der preussischen Verwaltung.

Berlin, 3. Mai. Die Kreuzzeitung meldet: Dem Vernehmen nach stehen für die nächsten Wochen umfangreiche Veränderungen in der preussischen inneren Verwaltung bevor. Es verläutet, daß sieben Regierungspräsidenten und etwa dreißig Landräte aus ihrem bisherigen Wirkungskreis ausscheiden.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 3. Mai befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Veränderungen in der Weltwirtschaft

Mit dem Andauern des Krieges vermehren und stärken sich auch die Voraussetzungen und Erwartungen, die in gewissen Kreisen in bezug auf eine Beschränkung des weltwirtschaftlichen Verkehrs und in der Bildung von geschlossenen Handelsstaaten gepflegt werden. Dergleichen Ziele sind aber immer sehr einsichtig gedacht. Unfern Agrariern z. B. liegt nur daran, die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach Möglichkeit zu unterbinden. Dagegen müßten sie die Ausfuhr, namentlich der von Industrieerzeugnissen, ganz gern den Weg offenhalten. In solchen Wünschen begegnen sie sich mit den Leuten von der Schwerindustrie. Aus diesem Grunde kämpfen die beiden Gruppen auch gemeinsam für Schutzzölle, die der Einfuhr ausländischer Waren die stärksten Hindernisse bereiten sollen.

Vor solcher Gesichtspunkte ist die agrarische Kriegswirtschaft ebenfalls stark beeinflusst worden. Am bei Kriegsende mit gewichtigen Gründen gegen die Öffnung der Grenzen für Vieh und Fleisch aufwarten zu können, hat man die Viehzucht übermäßig gefördert. Das konnte aber nur geschehen auf Kosten unwirtschaftlichen Verbrauchs von Nahrungsmitteln, die unmittelbar der menschlichen Ernährung dienen sollen. Getreide, Kartoffeln, Wurzelfrüchte und Gemüse wurden verfrachtet. Dieser Umstand hat die Schwierigkeit der Beschaffung von Lebensmitteln zu der jetzigen Größe auswachsen lassen. Ueberhaupt liegt die ganze, auf Abschließung vom Weltverkehr gerichtete Schutzpolitik nicht im Interesse der großen Masse des Volkes. Es ist eine sehr einseitige Erzeugerpolitik, die den Verbraucher vollständig unter die Herrschaft der Warenverkäufer bringen soll. Nicht einmal den Bauern dient sie zum Vorteil. In der agrarischen Deutschen Tageszeitung (Nr. 107 vom 19. 4. 17) wird behauptet, die Lebenshaltung des Bauern, die seiner Dienstboten und Arbeiter „sei heute fast ärmer als vor einem halben Jahrhundert, weil der Bauer heute mehr Gelegenheit bestehe, Milch, Butter und Eier zu verkaufen und diese Gelegenheit auch hier und da nach Kräfte nützen müsse, um seinen hypothekarischen Verpflichtungen nachzukommen“.

Demnach haben die Schutzzölle den Bauern so große Belastungen gebracht, daß sie sogar ihre Ernährung gegen früher verschlechtern mußten. Trotzdem fordern die Großgrazier immer noch höhere und immer mehr Schutzzölle. Vor allem nun auf Erzeugnisse der Viehwirtschaft, auf Futtermittel, neuerdings auf Gemüse, Obst, Wolle und Spinnstoffe. Auserseits wollen sie dem Handel und der Industrie Wege bahnen, damit der Außenhandel weiter blühe. So läßt sich das genannte Blatt (Nr. 104 vom 17. 4. 17) schreiben, daß bei den Friedensverhandlungen auf den Schutz der im Auslande internierten Deutschen besonders Bedacht genommen werden müsse, die vor dem Kriege genossene Bewegungsfreiheit, sei ihnen zu sichern, die Rückwanderung der aus Anlaß des Krieges nach Deutschland gekommenen Reichsangehörigen zu ermöglichen, damit dieser „mit den Verhältnissen im Auslande vertraute Stab der Pioniere des deutschen Außenhandels“ in den betreffenden Ländern die Einfuhr deutscher Waren fördere.

So kreuzen sich die stets von einseitigen Interessen diktierten Bestrebungen, die einmal Deutschland vom Weltmarkt abschließen wollen, dann wieder die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse wichtig erleichtern sollen. Die gleichen Ziele verfolgen die gleichen Interessengruppen aus den gleichen Beweggründen im Auslande. Ueberall unter der Parole: Schutz der nationalen Arbeit! und überall aus der Absicht, die Sonderinteressen der treibenden kleinen Volksteile auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete zu fördern, ohne Rücksicht auf das Wohl der Gesamtheit. In solchen Bestrebungen liegt der Keim zu neuen Gegenständlichkeiten. Sie zu verhindern, das wird eine der Hauptaufgaben der Arbeiterklasse sein; sie muß ihre wirtschaftspolitischen Kämpfe stark nach dieser Richtung einstellen. Wegen engherziger Schutzoll für möglichst ungeschützten weltwirtschaftlichen Verkehr! Das wird um so dringlicher, weil die Einwirkungen des Krieges ohnehin in mancher Hinsicht Veränder-

ungen in der Bedarfsdeckung herbeiführen. Dabei kommen sowohl landwirtschaftliche wie auch gewerbliche Erzeugnisse in Betracht. Soweit es sich dabei um wirkliche wirtschaftliche und technische Fortschritte handelt, wird man die Neuordnung im Frieden beibehalten; es sollte aber nicht geschehen, wenn sie einen unnötigen Aufwand von Kosten und Arbeitskraft bedingt, den man durch vernünftige Handelsverträge vermeiden kann. Eine Repelung der wirtschaftlichen Dinge, die so weit wie nur eben möglich auf zweckmäßiger Arbeitsteilung in der Weltwirtschaft beruht, ist die beste Förderin des Wohles aller Völker; sie dient der allgemeinen Kultur und der friedlichen Zusammenarbeit.

Sicher ist, daß sich mindestens auf eine Reihe von Jahren im Weltverkehr erhebliche Verschiebungen zeigen werden. Amerika und Japan, auch England, sichern sich wertvolle Konzessionen und wirtschaftliche Vorrechte in Rußland und China. Mit einer Zurückdrängung deutscher Waren von diesen Märkten muß man rechnen. Nur Entgegenkommen bei dem Abschluß von Handelsverträgen kann da in gewissen Grenzen vorbeugen. Amerika hat seine Baumwollindustrie stark gefördert; das gleiche ist von Indien zu sagen, wo auch die Webereien wichtig ausblühen. Der deutschen Textilindustrie, der vielleicht auch der Bezug von Rohstoffen erschwert wird, erwachsen nun beachtenswerte Konkurrenten. Die russische Revolution kann im östlichen Nachbarreich Deutschlands wirtschaftliche Kräfte entwickeln, die, von englischem und amerikanischem Kapital befruchtet, für die Weltwirtschaft von großer Bedeutung sein werden. Hier ist der Boden vorzubereiten um der Ausfuhr deutscher fertiger Erzeugnisse Eingangstore zu öffnen. Das wäre nicht möglich bei einem anschwellegenden agrarischen Schutzoll, der die Einfuhr russischer Agrarprodukte verhindert. Frankreich ist in erheblichem Maße von England und Amerika finanziell abhängig geworden; es wird diese Abhängigkeit mit wirtschaftspolitischen Konzessionen bezahlen müssen. In der gleichen Lage befindet sich Italien. Im Jahre 1913 bezog Italien z. B. aus Amerika für 87 Mill. Lire Kohlen, Eisenwaren, chemische Erzeugnisse, Getreide und Mehl, im Jahre 1916 jedoch für 1026 Mill. Lire. Einen Teil des neueroberten Absatzmarktes wird Amerika auch nach Schluß des Krieges zu erhalten wissen. Japan hat im Schiffbau so reichliche Erfahrungen gesammelt, daß die dortigen Industriellen neue Schiffsverke errichten, um nach dem Kriege als Konkurrenten auf dem Weltmarkt mitreden zu können. Rußland bereitet sich vor, mit seiner mehr auf moderner technischer Grundlage stehenden Zuckerindustrie dem süßen Zucker früherer Absatzgebiete dauernd streitig zu machen.

In der Türkei trifft man Vorbereitungen zu einer großzügigen landwirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Die Verwirklichung des Planes würde der deutschen Maschinenindustrie ein größeres Absatzfeld in Aussicht stellen. Dem türkischen Verban soll ebenfalls ein Aufblühen bevorstehen. Dabei dürfte auch wieder deutsches Kapital vorwiegend in Betracht kommen.

So bereiten sich überall neue Verhältnisse vor, die der allgemeinen kapitalistischen Tendenz nicht widersprechen, indem sie wirtschaftlich vorteilhaft sind und keiner künstlichen Unterbindung der Konkurrenz bedürfen, sondern sich dank ihrer günstigen Voraussetzung im freien Wettbewerb durchsetzen können. Das wird in nur gewissen Grenzen von den sogenannten Erfahrungskostoffen der Fall sein. Ihre Konkurrenzfähigkeit kann sich erst nach Beendigung des Krieges erweisen. Größere Bedeutung dürfte die Gewinnung von Eisen aus früher wenig ausbeuteten Erzen behalten, sofern sie sich nicht auf einen unverhältnismäßig großen Aufwand von Kosten, landern mehr auf bessere technische Verfahren stützt. Zu den geläufigsten Fragen scheint die künstliche Gewinnung von Stickstoff zu gehören; jedoch wird man das endgültige Urteil darüber ebenfalls noch zurückstellen müssen.

Wettgepannte Erwartungen setzen Hochleute auf die erheblich gesteigerte Ausnutzung des Heizwertes der Kohle, durch Vergasung des Brennstoffes am Orte der Gewinnung. Das Problem, mit dem die Techniker sich schon seit Jahren beschäftigen, soll nun zufriedenstellend gelöst worden sein. Dr. Julius Becker entwirft über die

Dadurch geschaffenen Möglichkeiten in der Kaufmännischen Zeitung folgendes Bild:

Wannolite, kohlensäurehaltige Zeolithen können in ein hochwertiges Gas übergeführt werden unter gleichzeitiger anschließender Gewinnung von reinen Zeolithen und Ammoniak. Zeolithenlager, die wegen des hohen Wassergehaltes der Kohle nicht abgebaut werden konnten, sind wertvollere Stoffe geworden. Die mächtigsten Galden auf den Märkten können jetzt gewinnbringend verarbeitet werden. Aus dem bisherigen Nixis ist ein ganz bedeutendes Gas. Während bisher aus der Tonne Kohle je nach Herkunft 250 bis 380 Kubikmeter Gas von 1000 bis 5200 W. E. gewonnen wurden, können nach dem Triasverfahren pro Tonne 1200 bis 1500 Kubikmeter Gas mit 9000 bis 3500 W. E. gewonnen werden. Ein Gas von 3000 bis 2500 W. E. ist ein ganz vorzügliches Aufstrichgas, das sich für alle technischen Zwecke, Selen, Schwefel und als Krogas vorzüglich eignet. Auch für die Gasindustrie ist in ihm ein willkommener Helfer in der Not entstanden, der es ermöglicht, auf einem kleinen Raum eine große Menge Gas zu erzeugen, das dem Feuchtgas angesetzt werden kann. Einem an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangten Gasmotor kann in den Monaten der stärksten Beanspruchung mit einem Triasgenerator über vorübergehende Schwierigkeiten hinweggeholfen werden. Elektrische Zentralheizungen können in der Nähe nicht abbaufähigen Kohlenlagern errichtet werden. Das Triasgas gibt den Strom und die Nebenprodukte Zeolith und Ammoniak neben die ausschlaggebenden Gewinnfaktoren. Gerade Zeolith und Ammoniak blieben bei diesem Verfahren in einer Höhe bzw. Menge wie bei keinem andern erhalten. Es hat die Rentabilität einer Anlage von vornherein gesichert.

Rechtzeitig die Möglichkeit solcher Anträge, dann können wir vor lebendigen Umrüstungen.

Auf jeden Fall hat der Krieg mittelbar und unmittelbar die technischen, industriellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen ganz gewaltig verschoben. Es ist eine der wichtigsten Kultur- und Arbeitsfragen der Zukunft, die neuen Voraussetzungen aus dem engen Rahmen beschränkter Sonderinteressen herauszuheben, sie möglichst rasch in den Dienst der Förderung des Allgemeinwohles, der wirtschaftlichen Arbeitsteilung zu stellen.

Die sozialistische Friedenskonferenz in Stockholm.

Die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die beiden Fraktionen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands des Reichstags und des preussischen Abgeordnetenhauses haben gestern in gemeinschaftlicher Sitzung beschlossen, folgende Genossen zur Konferenz nach Stockholm zu delegieren: D. A. J. Bernheim, H. D. Hoffmann, K. A. K. und Frau B. J.

Die Vertreter der deutschen Sozialdemokraten des Reichstags werden am 12. Mai zur Konferenz nach Stockholm reisen. Auch tschechische sozialdemokratische Abgeordnete werden sich beteiligen.

Aus Sofia wird vom 3. Mai gemeldet: Die bulgarischen sozialistischen Delegierten Zafarow, Dr. D. D. Zafarow und J. J. J. J., die an den Beratungen der Sozialistenkonferenz in Stockholm teilnehmen, sind heute mit dem Balkanzug abgereist. Sie werden auf der Reise in den Hauptstädten der Verbündeten Aufsehen machen, um sich mit den österreichisch-ungarischen und deutschen Genossen zu besprechen. Zwei weitere Delegierte, J. J. J. J. und J. J. J. J., werden am Sonntag abreisen.

Die russische Revolution. Die Feier des 1. Mai.

Petersburg, 2. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Das Fest des 1. Mai dauerte gestern bis spät in die Nacht hinein. Über 300 Tribünen waren in den verschiedenen Stadtvierteln errichtet worden, wo von den Rednern der verschiedenen Parteien sehr viele Reden gehalten wurden, von denen die große Mehrzahl das Volk aufhorchte, die eroberte Freiheit bis zum äußersten zu verteidigen. Es wurde keine Rede über einen Sonderfrieden gehalten, und jedes Wort gegen den Krieg wurde mit der größten Härte aufgenommen. Die Reden der Parteiführer waren fast überall die Aufsätze: „Genug!“ und „Schweig!“ hervor. Unter den Rednern, die im Automobil von Tribüne zu Tribüne zogen, befanden sich Plechanow, Lenin, dann der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats, Tschcheidt, stellvertretender Vorsitzender T. T. T. T. und Justizminister K. K. K. K., der zum engen Zusammenschluss aller sozialistischen Parteien aufrief. Niemand wurde die Ordnung gebrochen.

In ganz Rußland wurde das Arbeiterfest des 1. Mai mit der gleichen Begeisterung und Begeisterung gefeiert wie in Petersburg. In zahlreichen Städten wie in Kronstadt, Minsk und andern, die in der Nähe der Front liegen, nahmen die Truppen in ausgedehnter Weise an den Kundgebungen der Arbeiter teil. In Jassy veranfaßten die russischen Truppen eine gewaltige Kundgebung, der General Schtscherbatschew betraute. Die Soldaten boten ihm ein rotes Band an, das er dankend annahm. Er erklärte, daß er es sehr gerne tragen würde als Zeichen des Vertrauens seiner Truppen aufbewahren werde.

Vom Tage.

Der Verfassungsausschuß ist endlich zusammengesetzt. Mit großen Worten und Hoffnungen hat die Presse der Wehrzeit ihn seinerzeit begrüßt. Wir haben uns skeptisch verhalten. Und wie sich jetzt zeigt, mit nur zu gutem Recht. Das Mißtrauen, das wir in den deutschen Liberalismus setzten, insbesondere in den deutschen Nationalliberalismus, hat sich als begründet erwiesen. Die Nationalliberalen haben beschlossen, daß der Kern des deutschen Neuordnungsproblems, die preussische Wahlreform, den Verfassungsausschuß nicht beschäftigen dürfe, da — der preussische Landtag dafür zuständig ist. Mit Hilfe des Zentrums und der Konservativen ist damit die Mehrheit gegen den Versuch gesichert, das preussische Verfassungsleben durch die Reichsregierung zu beseitigen. Ob die tapferen Nationalliberalen in bezug auf Mecklenburg und andre deutsche Vaterländer auch so entschieden die Kompetenzbedenken kriegten werden, ist noch nicht bekannt. Der Artikel der Nationalliberalen Korrespondenz, der den Beschluß der nationalliberalen Fraktion mitteilt, befaßt sich nicht mit der generellen Frage, ob das Reich die Befugnis habe, in die Verfassung der Einzelstaaten einzugreifen, sondern beschränkt sich darauf, die Einmischung in Preußen mit der Begründung abzuweisen, daß die Oberhoheit des Kaisers die Lösung der Frage an den preussischen Landtag verweisen habe und daß sie deshalb der Zustimmung des Verfassungsausschusses nicht bedürfe. Das läßt die Tür zu einer andern Entscheidung in der mecklenburgischen

Frage offen. Aber ob sich da nicht rechtzeitig ein anderer Lösungsweg und im nationalliberalen Lager einstellen wird?

Was die Nationalliberalen im Ausschuss durchsetzen wollen, das ist im Wesentlichen die Neueinteilung der Wahlkreise und — vielleicht — das Verhältniswahlsystem. Ihre sonstigen Anträge bestehen in einer kaum mehr als formellen Neuordnung des § 17 der Reichsverfassung — die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers für Anordnungen des Kaisers, die dieser Artikel ausspricht, soll ausdrücklich dahin deklariert werden, daß er sie „gegenüber dem Reichstag und dem Bundesrat“ hat, was unseres Erachtens heute auch schon als selbstverständlich gelten muß. Ferner wollen die Nationalliberalen, daß künftige Mitglieder des Reichstags zu Mitgliedern der Regierung ernannt werden können, ohne ihr Reichstagsmandat zu verlieren, zu welchem Zweck sie die Bestimmungen aufheben wollen, daß niemand gleichzeitig Reichstags- und Bundesratsmitglied sein darf, sowie daß die Uebernahme eines besoldeten Reichs- oder Staatsamts, oder Ämterstellen im Rang oder in ein höher besoldetes Amt Erlöschen des Reichstagsmandats zur Folge habe.

In diesen Änderungen erblicken die Nationalliberalen Vorbedingungen für eine Annäherung an das parlamentarische System, das sie aber nicht direkt fordern, sondern langsam organisch entwickeln lassen wollen wie in andern Ländern — ein Kompromiß zwischen Passivität und Zirkularität.

Dieser Anlaß der Verhandlungen des Ausschusses eröffnet seinen Arbeiten sehr geringe Aussichten. Die Neuordnung, die mit diesen nationalliberalen Wünschen eingeleitet wird, ist matt wie Limonade. Selbst die Konstanten des § 17, die diese Diktatur der Unterpolitik natürlich nicht sehr ansprechend findet. Aber sie trübt sich schließlich damit, daß wenigstens die Anträge der Sozialdemokraten zum Verzicht und Koalitionsrecht: „gute Aussichten auf unmittelbaren Erfolg noch während des Krieges“ hätten. Ob sich diese Hoffnung bestätigen wird?

Die Sozialdemokraten haben im Ausschuss folgende Anträge eingebracht: Verhältniswahl und Frauenwahlrecht im Reich, gleiches Wahlrecht in den Einzelstaaten, Aufhebung der Gewerbeordnung, Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, Aufhebung des § 17 des Reichsvereinsgesetzes (Jugendliche-Paragrafen).

Die Konservativen haben ihre Aktion gegen den Reichskanzler zu folgender Interpellation verknüpft:

Der Beschluß des sozialdemokratischen Parteiausschusses vom 20. April d. J., der die Forderung aufstellt, einen gemeinsamen Frieden ohne Annexionen und Kriegsschuldabklärung abzuschließen, hat mangels einer klaren Stellungnahme des Reichskanzlers dazu in weiten Kreisen des deutschen Volkes schwere Beunruhigung hervorgerufen, weil ein solcher Friedensschluß zwar den internationalen Grundgedanken der Sozialdemokratie, nicht aber den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes entsprechen würde. Ist der Herr Reichskanzler bereit, über seine Stellungnahme zu diesem Beschluß Auskunft zu geben?

Dieser Dieb hat nun auch die Praxen der Regierung Sozialisten auf die Beine gebracht. Sie hat folgende Interpellation gestellt:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die preussische Regierung Rußlands und die ungarische österreichisch-ungarische Regierung in gleicher Weise erklärt haben, zum Abschluß eines Friedens ohne Annexionen bereit zu sein? Was bedeutet der Herr Reichskanzler zu tun, um eine Ueberbrückung aller beteiligten Regierungen darüber herbeizuführen, daß der kommende Frieden auf Grund gegenseitiger Uebereinkommens ohne Annexionen und Kriegsschuldabklärung geschlossen werden kann?

Die Interpellation ist an sich ganz gut. Fraglich ist indes, welche Folgerungen die Regierungssocialisten aus der Antwort Wehmanns ziehen werden, was für Taten den Worten folgen werden. Oder auch nicht fraglich.

Wenn diese Antwort des Reichskanzlers erfolgen wird, ist noch unbekannt. Wie die Berliner Morgenpost hört, wird der Reichskanzler zu Beginn der heutigen (Freitags-) Reichstags-Sitzung erklären lassen, daß er die Interpellationen bei der dritten Lesung des Etats zu erörtern bereit sei, daß er aber einen genauen Termin für die Beantwortung der Interpellationen nicht angeben könne.

Wehmann soll sich also zunächst Ausschub zu gewinnen. In einer Zeit, da jede einschwindende Minute ein fast unersehlicher Verlust für die Friedensfrage sein kann.

Inzwischen sind die Führer der Parteien zum Kanzler gelangt, der, wie die Leipziger Nachrichten meinen, vielleicht vor einer öffentlichen Ansprache eine Verständigung mit den einzelnen Parteien suchen wird. Die „mittlere Linie“, die dabei herauskäme, könnte natürlich keine Erklärung für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen sein.

Bemerkenswert zu werden verdient in diesem Zusammenhang, daß das sozialdemokratische Pressebureau am Mittwoch, wie wir dem Volksblatt für Halle entnehmen — und geht seine Korrespondenz natürlich nicht mehr zu — eine Meldung, daß der Kanzler am Donnerstag im Reichstage über die Kriegsziele sprechen werde, dementieren konnte auf Grund von Informationen „aus absolut zuverlässiger Quelle“.

Das Pressebureau der Regierungssocialisten verflücht, wie man sieht, über gute Beziehungen. Bisher war es das Vorrecht der bürgerlichen Presse, offizielle Mitteilungen solcher Art zu machen.

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben: Die gestrigen Verhandlungen wurden völlig durch die Debatte über die Post- und Telegraphenverwaltung ausgefüllt. Währlich bietet die Postdebatte das gleiche Bild. Eine Summe von Beschwerden wird — besonders von den sozialdemokratischen Rednern, aber nicht nur von diesen — vorgetragen; Beschwerden, die vornehmlich die wirtschaftliche Lage der Postproleten betreffen, und mit immer sich gleichbleibender Mißstimmung der Herr Kraetzel befaßt werden an. Mit seinem Antlitz steht dabei zu lesen, daß er doch tun wird, was er als seine Pflicht ansieht. Was steht er aber — wenigstens in erster Linie, als seine Pflicht an? Ueberschüsse zu erzielen. Möglichst hohe Ueberschüsse. Welchen Weg diese in Friedenszeiten gingen? Wer wüßte das nicht! Welchen Weg die fast 131 Millionen Ueberschüsse des in Rede stehenden Geschäftsjahres gehen werden, braucht in der Zeit der Kriegsanleihen, Kriegsteuer und immer noch wachsenden Kriegsausgaben wahrlich nicht gesagt zu werden.

Den Reigen der Kritiker eröffnet Taubadel (Soz.). Abg. Subrich von der Fortschrittspartei stellt fest, daß auf 12 Prozent Angestellte 88 Prozent Hilfsangestellte kommen. Wichtigere als die

Kritik der andern Redner — es sind das die Abg. Maden, v. Hering, Meyer (Herford), Bruhn — ist, was Genosse Subrich (Soz. Arb.) zu sagen hat. Er macht an der Hand von Auslassungen des Reichstagsabg. darauf aufmerksam, daß die Postverwaltung die Pflicht hat, eingegangene Briefe zu halten, das heißt in diesem Falle: übernommene Pakete auch zu besorgen und nicht so lange liegen zu lassen, bis ihr Inhalt Schaden erlitten hat. Für Tagelöhner von 3 Mk. bis 3.50 Mk. müssen Postproleten viele Stunden täglich arbeiten. Kaufmännische bekommen heute vielfach mehr, ohne doch die große Verantwortung tragen zu müssen, die man den bei Post Beschäftigten aufhakt, rügt Subrich mit Recht. Um recht viel Geld sparen zu können, hat sich die Postverwaltung nicht scheut, selbst Studenten und Studentinnen während der Weihnachtszeit zu beschäftigen. Die bedenkliche Einrichtung der „gehobenen“ Unterbeamten, die ungenügenden Teuerungsauslagen, Mißstände in Köln und Schneberg bilden werden, Genossen der Kritik unserer Genossen. Und deren Wirkung auf Herrn Kraetzel? Er erhebt sich, spricht einige unverständliche Worte, aus denen so etwas wie „Baubauern“ herausklingt, und — setzt sich wieder. Diese Art des Herrn Staatssekretär hindert den Abg. Quard nicht, eine von „vaterländischem Gefühl“ getragene Rede zu halten, und zwar dergestalt, daß selbst seine engeren Freunde ihm nicht den geringsten Beifall zuwenden lassen. — Es reden noch ein paar bürgerliche Abgeordnete und dann schließt die Debatte mit der Bewilligung des „Angesforderten“ im wesentlichen die restliche Verhandlung überhaupt. Viele Petitionen aus den Kreisen der Postangestellten fallen in den Postkorb.

Auf eine Erhöhung der kürzlich verkleinerten Brot-rationen ist nicht zu rechnen. Eine Erhöhung war kurz vor dem Wirksamwerden der Anteilverkleinerung durch verschiedene Preismotiven als nicht unwahrscheinlich in Aussicht gestellt worden. Als trotz der Bevölkerung nun die im Ernährungsausschuß von den Regierungsdirektoren Dr. Michaelis, Katoel und Dr. Helfferich genehmigte Versicherung hinzukommt, daß die jetzt festgesetzten Rationen nicht weiter vergrößert zu werden brauchen, weil deren Abgabe durch die Ergebnisse der letzten Bestandsaufnahme gesichert sei, Angehörige geben die Zantenstandsberichte keinerlei Anlaß für die Befürchtung, daß die nächste Ernte so schlecht ausfallen könnte, um aus diesem Grunde Besorgnisse hegen zu müssen.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Die Kampflage.

Berlin, 3. Mai. Wolffs Bureau teilt mit: Der vierten Arras-Schlacht, die am 3. Mai 5 Uhr 30 Min. vormittags in breiter Front von Acheule bis Ducaut mit großer Heftigkeit ausbrach, ging starkes Feuer am Nachmittag und Abend des Vortages voraus, das sich von Mitternacht zum stärksten Trommelfeuer steigerte. Teilangriffe der Engländer am Vortage und feindliche Patrouillen, die in der Nacht vorzudringen versuchten, wurden in unserm Feuer erstickt bzw. zurückgeworfen. Unsere Artillerie erwiderte das englische Feuer mit Erfolg und zerstörte westlich Arras feindliche Munitionskanonen.

Im Räume von Heims war das Artilleriefeuer auf dem Höhenzug und am Höhenzug des Chemin des Dames zeitweise von außerordentlicher Heftigkeit und heftiger Art. Noch während der Nacht. Ein ansehendes Geschützfeuer feindlicher Artillerie in der Gegend von Heims wurde durch einen Feuerwirbel niedergebunden. Mehrfach erkannten feindliche Aufstellungen südlich Cerny stigte unser Verwundungsfeld empfindliche Verluste zu.

Auf dem Champagne-Feld nahm das Feuer besonders nachmittags und abends und in der Nacht gegen die Hauptkampfabstände bedeutende Stärke an. Zu größeren Kampfhandlungen konnte der durch seine Verluste erschöpfte Franzose sich nicht anlassen. Derlich Probes nahmen einzelne Patrouillen und Sandgranatenkämpfe einen für uns günstigen Verlauf. Am Mittag verlor die stärkere feindliche Infanterie mit Maschinengewehren vorzudringen. Sie wurde jedoch augenblicklich durch unser Verwundungsfeld niedergebunden. Die Angabe des französischen Berichts, daß der Feind am 30. April fünf Geschütze erobert habe, ist völlig unzutreffend. Wir haben kein Geschütz verloren. Seit einiger Zeit pflegt der französische Heeresbericht aus Mangel an Erfolgen seine Worte vom ersten Angriff am 17. April zu wiederholen und allmählich zu vergrößern. Entgegen dem gestrigen Eilferturbereich wird gemeldet, daß bei Les Eparges kein französischer Angriff stattgefunden hat und kein Franzose in unsern Graben gelangt ist. Auch diese Meldung ist frei erfunden.

Eine Schätzung der englisch-französischen Verluste.

Berlin, 3. Mai. Wolffs Bureau teilt mit: Die ganz außerordentlich schweren Verluste der Franzosen im Räume von Heims wurden durch die ergänzenden Meldungen erhärtet. So wurden allein südlich von Verrean-Bac am 30. April vor einem einzigen schmalen feindlichen Divisionsabteilmitt 1000 tote Franzosen und 600 gefallene Russen gezählt, die der Gegner bei seinem unglückseligen Teilangriff auf die Höhen östlich von Verrean-Bac liegen ließ. Diese Zahlen sind noch unvollständig, da nicht alle Gefallenen in der ganzen Tiefe des dortigen Gefechtsfeldes gezählt werden konnten, sondern nur die unmittelbar vor den deutschen Linien liegenden. Bei niedriger Schätzung verlor der Gegner auf diesem einen Gefechtsstreifen mindestens 2000 Tote, was einem Gesamtverlust von 8000 Toten und Verwundeten entspricht. In andern Abschnitten erlitt der Gegner ähnliche, zum Teil noch höhere Verluste. Da die Franzosen allein bis zum 28. April mindestens 47 Divisionen, die schnellsten wurden, einsetzten und auf der breiten Front von 80 Kilometer ganz ungewöhnlich starke Verluste bei den geschicktesten Massenangriffen erlitten, so dürften die französischen Gesamtverluste in den ersten 14 Tagen der großen französischen Offensive bereits dieiffer von 150 000 erreicht, wenn nicht überhöhen.

Kennlich hoch stellen sich die englischen Verluste. Die Engländer, die auf viel schmalere Fronten von 20 bis 30 Kilometer Ausdehnung anrückten, setzten bis 28. April allein 34 Divisionen ein, davon sechs zum zweitenmal. Die Zahl der eingesetzten englischen Sturmtruppen entspricht infolge der erheblich größeren Stärke der englischen Divisionen der der französischen. Bei der dritten Massierung der englischen Angriffstruppen waren die englischen Verluste entsprechend höher. Unter Berücksichtigung der hohen französischen und englischen Verluste in den Kampfjagen vom 2. April bis 3. Mai müssen die Gesamtverluste der Engländer und Franzosen seit Beginn der Doppelloffenstve auf mindestens 300 000 veranschlagt werden.

Feindliche Berichte.

Französischer Heeresbericht vom 2. Mai, nachmittags. In der Gegend des Chemin des Dames starke beiweilige Artillerietätigkeit auf der Front Cerny-Surteffe-Craonne. Mehrmals machte der Feind gegen unsere Gräben und kleine Posten Teilangriffe; er wurde durch unser Maschinengewehrfeuer und Handgranatwerfer abgewiesen. In der Champagne nahm der Artilleriekampf nachts in den Abschnitten am Cornilleberg und am Hochberg ziemlich Heftigkeit an. Verbale Handgranatenkämpfe im Gebiete westlich des Cornilleberges, in deren Verlauf wir bedeutende Fortschritte machten. Bei Eparges drangen unsere Abteilungen an mehreren Stellen in die deutschen Linien ein. Wir führten Zerstörungen aus und brachten Material zurück. In Poissons Tätigkeit von Streifenstellungen in Richtung Roncel-Emberneil; wir machten Gefangene.

Frankfurter Seebericht vom 2. Mai, abends. Die beiderseitige Artillerie war besonders tätig in der Abend- und Morgenstunden von Meins und in der Champagne. In den Abständen Moronillero und Auberville brachte eine gut angeführte Einzelunternehmung uns Geländegewinn in dem Gebiet westlich des Cornilletberges. Ueberall sonst war der Tag ruhig.

Vollst. Zur Verjagung für die Bewerhung von Chalons und Epernay durch deutsche Flieger in der Nacht vom 29. zum 30. April überflogen fünf unserer Flugzeuge in der Nacht Epernay, auf das sie viele Geschosse warfen. Alle Granaten erreichten das Ziel, die Stadtmitte, in der ein Brand von großer Festigkeit ausbrach, der schnell um sich griff. Am 30. April und 1. Mai schossen unsere Flugzeugführer drei deutsche Flugzeuge ab. 10 ander feindliche Flugzeuge wurden ernstlich beschädigt.

Englischer Seebericht vom 2. Mai. Unsere und die feindliche Artillerie war nachts an einer Anzahl Stellen unserer Front zwischen St. Quentin und Vend tätig. Bei Fauquissart wurde ein deutscher Stoßtrupp abgewiesen. Sonst nichts Wichtiges.

Englischer Seebericht vom 2. Mai, abends. Heute früh wurde nördlich von Arleux-en-Cohelle ein feindlicher Stoßtrupp mit Verlusten zurückgetrieben. Auf beiden Ufern der Saene; und in der Gegend von Ypern war die Artillerie auf beiden Seiten tätig. Ein deutscher Flugzeug wurde heruntergeholt, sechs Gefangene und fünf Maschinen gemacht. Von unserer Seite werden vier vermisst.

Der Krieg zur See.

Ein Torpedoboot versenkt.

Berlin, 3. Mai. (Amstsch.) In der Nacht vom 2. zum 3. Mai wurde ein feindliches Torpedomotorboot durch unsere Vorkostenartillerie vor der Nordsee versenkt. Ein zweites wurde so schwer beschädigt, daß seine Vernichtung wahrscheinlich ist.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine versenkt.

Amsterdam, 3. Mai. (Meldung der Niederländischen Telegraph Agenten.) Hier wurde die Besatzung des niederländischen Dampfers Westland in den 132, der Mittwochabend von einem deutschen U-Boot versenkt wurde, gelandet. Ein Mann der Besatzung war verwundet.

Amsterdam, 3. Mai. (M. Z. V.) Ein hiesiges Blatt meldet aus Ostergaards, daß dort vier Mann von einem leichten Boot in der Nordsee torpedierten kleinen niederländischen Segler versenkt wurden.

London, 2. Mai. (Mentel.) Die Admiralität teilt mit: Der auf der Seefahrt befindliche Truppentransportdampfer Valparaiso (11 200 Tonnen), auf dem sich eine große Anzahl australischer Truppen befand, ist am 25. April 35 Meilen von Land entfernt von einem U-Boot versenkt worden. Durch die ständige Disziplin und sichere Haltung der Truppen gelang es, alle in die Boote zu bringen, die dann durch unsere schnell herbeikomenden Patrouillenfahrzeuge in den Hafen geführt wurden. Es gab keinen Verlust.

London, 2. Mai. (Mentel.) Die Admiralität teilt mit: Der britische Dampfer Gena (2784 Tonnen) ist am Dienstag bei Aldeburgh durch einen Torpedo versenkt worden, der von einem deutschen U-Boot abgeworfen wurde. Die Besatzung wurde gerettet. Die Gena hatte durch Geschosse Feuer ein zweites Wasserflugzeug, das an dem Angriff teilnahm, heruntergeholt. Die Ausrüstung dieses Wasserflugzeuges wurden gesammelt.

Kopenhagen, 3. Mai. (M. Z. V.) Das Ministerium des Verkehrs teilt mit: Einem Telegramm des dänischen Admirals in Rotterdam zufolge ist das dänische Segelschiff Aegle, auf dem ein Mann der Besatzung mit Kohle unterwegs, nach Anlaufen einer Mine in der Nordsee gesunken. Zwei Mann der Besatzung wurden in Rotterdam gelandet; das Schicksal der übrigen zwölf Mann ist unbekannt. Das dänische Segelschiff Ramshøj, mit einer Ladung auf der Reise von Buenos Aires nach Dänemark über England, ist am 25. 4. nördlich von Schottland versenkt worden. Ein Boot mit dem Kapitän und acht Mann wird vermisst. Der dänische Dampfer Carbo II, auf der Reise von Norwegen nach England, ist in der Nordsee versenkt worden.

Verenkt.

Madrid, 3. Mai. (Spanischer vom Vertreter des Wiener K. K. Verkehrs-Bureaus.) Imparcial meldet: Bei der Einfahrt in den St. George-Kanal ist der englische Dampfer Tempus mit 1800 Tonnen Mineralladung von einem U-Boot versenkt worden. Das Blatt A. B. C. gibt die Tonnenzahl der übrigen beim Kap Spitz versenkten englischen Dampfer folgendermaßen an: Newmoor 3535 To., Pembala 2400 To., Sewell 3780 To. und Fernmoor 3080 To.

Eine verheerende Aufbrunnung.

Kopenhagen, 3. Mai. (Meldung des dänischen Bureaus.) Am 27. März 1917 ist der Dampfer Goldinghus der Vereinigten Dampfschiffahrtsgesellschaft, der von Kopenhagen nach einem dänischen Provinzorten unterwegs war, von deutscher Seite aufgebracht und nach Swinemünde übergeführt, am nächsten Tage aber freigegeben worden. Auf den Einspruch des dänischen Konsulats nahm die deutsche Regierung eine Untersuchung vor, die ergab, daß die Aufbringung auf ein Versehen zurückzuführen ist. Die deutsche Regierung sprach der dänischen Regierung ihr Bedauern aus, erklärte sich zu Schadenersatz bereit und versprach dafür zu sorgen, daß ähnliche Vorfälle nicht wieder ereigneten. Es wird vorgeschlagen, die Höhe des Schadenersatzes durch je einen dänischen und deutschen Sachverständigen festzusetzen.

Erweiterung des englischen Sperrgebietes.

Saga, 2. Mai. (M. Z. V.) Das Ministerium des Auswärtigen hat von der englischen Regierung die Mitteilung empfangen, daß das britische Sperrgebiet vom 3. Mai an erweitert wird.

Die englischen Schiffsverluste im April.

Rotterdam, 3. Mai. (M. Z. V.) Bei Blois sind bis zum 28. April Meldungen über 303 Schiffsverluste im April eingegangen. Bis zum gleichen Tage des Vormonats sind nur 220 Schiffe als verloren gemeldet worden.

Vom türkischen Krieg.

Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 3. Mai. Amtlicher Bericht vom 2. Mai. Front: Am 30. April griffen die Engländer auf dem linken Abhem-Ufer ein vor unsere Stellungen vorgeschobenes Infanterieregiment an. Nachdem dieser Angriff in unserer vorbereiteten Verteidigungsstellung abgewiesen war, wurde unsererseits ein Gegenangriff gegen den feindlichen rechten Flügel ausgeführt, bei welchem es uns gelang, 40 Offiziere und 161 Mann gefangen zu nehmen. Außerdem wurden zwei Bewährungserbeute. Ein russisches Kavallerieregiment, unterstützt durch zwei Infanteriekompagnien und etwas Artillerie, versuchte über die nördliche Diale zu gehen. Der Versuch wurde jedoch durch unser Feuer vereitelt. Kaukasusfront: Gegen unsere linken Flügel richtete der Feind wieder wirkungslos Artilleriefeuer. Im übrigen herrschte an der Front Ruhe. Sinaifront: Eins unserer Flugzeuge griff ein bewaffnetes feindliches Schiff mit Maschinengewehrfeuer an und zwang es, sich

in südwestlicher Richtung zu entfernen. An den übrigen Fronten keine besonderen Ereignisse.

Englischer Seebericht aus Ägypten vom 1. Mai.

In der Nachbarschaft von Gaza kämpften von Erdkundungsabteilungen, wobei unsere Infanterie und britischen Truppen Erfolge hatten. Im Verlauf einer Beschießung durch Artillerie zerstörten wir feindliche Arbeiterabteilungen, zerstörten oder beschädigten zwei feindliche Geschütze und einen Beobachtungsposten der Artillerie und brachten ein Munitionslager zur Explosion.

Englischer Seebericht aus Mesopotamien vom 2. Mai.

General Maude griff am Montag das 13. türkische Armeekorps an, das sich auf beiden Ufern des Schatt el Nebel stark verschanzt hatte. Der Feind wurde überfallen und seine beiden ersten Linien unter Einschluß eines besetzten Dorfes wurden schnell und in unwiderstehlichem Ansturm genommen. Durch einen starken Gegenangriff verloren wir das Dorf wieder, erwarren es aber schnell zurück. Der Feind wurde in die Berge von Habel Dambrin zurückgedrückt. Wir machten 350 Gefangene, darunter einen Regimentskommandeur.

Bermischte Kriegsnachrichten.

Der Bombenwurf auf Zieriksee.

Saga, 3. Mai. (M. Z. V.) Dänisch wird mitgeteilt, daß die Untersuchung der Reste der Bomben, die in der Nacht vom 29. auf den 30. April auf Zieriksee abgeworfen wurden, ergeben hat, daß sie, was Form und Metall anbelangt, genau mit den Resten der Bomben übereinstimmen, die aus einem britischen Flugzeug in der Nacht vom 8. auf den 9. August auf Gadsand fielen. Einige der in Zieriksee gefundenen Bombenscherben tragen britische Markierungen.

Deutschland.

Verhandlungen des Bundesrats.

Berlin, 3. Mai. (Amstsch.) In der heutigen Bundesratsitzung gelang es dem Antragsteller: der Entwurf einer Bekanntmachung über den Schutz der im vaterländischen Hilfsdienst tätigen Personen, der Entwurf einer Bekanntmachung zur Ergänzung der Bekanntmachung über den Verkehr mit Aussen und der Entwurf einer Bekanntmachung über die bei Behörden oder in Kriegswirtschaftlichen Organisationen beschäftigten Personen.

Eine Klarstellung und ihre Ablehnung.

In seiner Nummer vom letzten Montag brachte der Vorwärts unter dem Titel Englische Karren und Schiffe einen Artikel, in dem er posthum recht bekanntes Gutachten des Genossen H. D. Witt an seine Englandreise im Juli 1914 veröffentlichte, um sie für bestimmte Zwecke anzuschließen. Da hierbei auf die Tätigkeit des Deutschen Hilfsvereins für die politischen Gefangenen und Verbannenen Auslands Bezug genommen wurde, in dessen Auftrag Genosse Witt seine Reise unternommen hatte, laudete die Vorsitzende dieses Vereins, die bekannte Führerin der bürgerlichen Frauenbewegung, Frau Minna Cauer, an demselben Tage eine Klarstellung an den Vorwärts, um durch eine sachgemäße Darstellung der damaligen Vorgänge dagegen Einspruch zu erheben, daß eine international gerichtete humanitäre Bewegung — die übrigens seit durch die russische Revolution gegenstandslos geworden ist — mit der Politik in Verbindung gebracht werde. Der Vorwärts lehnte indes die Aufnahme dieser Klarstellung ab. Wir bringen nachstehend den Brief der Frau Cauer an den Vorwärts, wobei wir unsererseits auf jeden Kommentar verzichten.

In die Redaktion des Vorwärts. In der Nummer des Vorwärts, deren die Redaktion angeht, "den neuesten Vorgänge", "aktuelle Interesse" bezieht, erlaubt sich die Unterzeichnete, als Vorsitzende des Deutschen Hilfsvereins für die politischen Gefangenen und Verbannenen Auslands, um die Veröffentlichung der nachstehenden Klarstellung zu ersuchen:

Der im Dezember 1913 gegründete Deutsche Hilfsverein für die politischen Gefangenen und Verbannenen Auslands entstand im unmittelbaren Anschluß an den am 25. November 1913 in allen westeuropäischen Ländern veröffentlichten Protest vor 600 Gelehrten, Politikern usw., gegen die Greuel, in den russischen Gefängnissen.

Unsere Gründung war deshalb kein isoliertes deutsches Unternehmen, sondern ein Glied einer international gerichteten Bewegung, die in allen Ländern zu ähnlichen Gründungen führte und auf dem Wiener internationalen Kongress im August 1914 eine Zusammenfassung finden sollte. Diese Bewegung kulminierte unmittelbar an die großartigste Aktion an, die schon einige Jahre vorher von den Freunden der russischen Freiheit und dem Fürsten Kropotkin in England und der Liga der Menschenrechte unter der Leitung J. de Pressensés in Frankreich eröffnet worden war.

Da wir im März 1914 eine erfolgversprechende öffentliche Propaganda und Veranlassungen in Deutschland eröffneten, suchten wir ähnliche Veranstaltungen in den anderen Ländern zu fördern. Zu diesem Zwecke traten wir mit den entsprechenden Organisationen in Frankreich, Italien, England und in der Schweiz in Verbindung, mit dem Erfolg, daß auch in der Schweiz, in Holland und in Italien im Sommer 1914 ähnliche Protestveranstaltungen wie in Deutschland stattfanden. In Frankreich und England machte die ablehnende Haltung der bürgerlichen Kreise, die die russische Regierung angesichts der schwerwiegenden internationalen Lage nicht verstanden wollten, eine größere Protestbewegung unmöglich. In den Arbeiterkreisen machte auch dort die Aktion für die russischen politischen Gefangenen gute Fortschritte.

Diese Situation fand Herr Witt vor, als er im Juli 1914 England besuchte. Der Demokrat Unwin-Aisher und der Sozialist Alec Gardie, mit denen er verhandelte, wiesen darauf hin, daß öffentliche Kundgebungen, die russische Regierung betreffend, augenblicklich nicht vordrängen würden. Damit kennzeichneten sie, indem sie unsere Anregungen herablassend entgegenbrachten, die politische Lage am Vorabend des Krieges, die eine umfassende Bewegung auch in bürgerlichen Kreisen erschwerte. Wollte man aber aus dieser Tatsache auf Englands "Ravenfreundschaft" schließen, so würde man in denselben Fehler verfallen, wie damals Gegner unserer Bewegung in Russland, die die Bewegungsfreiheit, die wir bei unserer Protestbewegung im Frühjahr und Sommer 1914 befehle, auf die deutsch-russische Stimmung zurückführten. Es ist immerhin interessant, kurz darauf hinzuweisen, daß 1. B. Lic. Traub in unserer großen Berliner Protestversammlung am 13. März 1914 die Eröffnungsworte hielt, und daß der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfeiffer in begeisterten Worten über diese Bewegung ansetzte. Lic. Traub steht, so viel wir wissen, jetzt im Lager der Altschulischen.

Es ist immer bedenklich, international gerichtete humanitäre Aktionen mit Fragen der großen Politik zu verknüpfen, und deshalb bedauere ich, daß Herr Witt, dessen Verdienste um diese unsere Bewegung ausdrücklich anzuerkennen sind, jetzt, nach drei Jahren, den Versuch unternimmt, aus der Aufnahme, die die Anregungen des Deutschen Hilfsvereins am Vorabend des Krieges in England fanden, politische Schlussfolgerungen zu ziehen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Geschäftsordnungsreform für den Reichsrat. Wien, 3. Mai. (M. Z. V.) Den Abendblättern zufolge wurde in der heutigen Besprechung der Parteiführer des Abgeordnetenhauses ein aus acht Mitgliedern bestehender Ausschuss für die Reform der Geschäftsordnung eingesetzt, der bereits morgen abend seine Tätigkeit aufnehmen wird.

Schweden.

Ein Ausfuhrverbot für Lebensmittel.

Stockholm, 3. Mai. (Meldung von Svenska Telegrambyrå.) Vom 3. Mai an besteht ein Ausfuhrverbot unter anderem für Schweinefleisch, Krebstiere, Gras, Hopfen, Baumfrüchte, Beeren, Gemüsepflanzen, Pilze, Meise und Mineralwasser.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 3. Mai. (M. Z. V.) Amstsch.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Kronprinz Rupprecht von Bayern. Dem anhaltenden Artilleriekampf der letzten Tage ist auf beiden Seiten heute heute feil Trommelfeuer gefolgt. Dann haben in breiter Front neue englische Angriffe begonnen.

Seeeresgruppe Kronprinz.

Bei günstiger Beobachtung erreichte die Kampftätigkeit der Artillerie und Minenwerfer gestern große Stärke.

Besonders an der Bergfront zwischen Vauxaillon und Craonne, längs des Aisne-Marne-Kanals und an den Höhenstellungen nördlich von Proves war der Feuerkampf heftig.

Seeeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine besonderen Ereignisse.

Die Flugtätigkeit war über und hinter den Stellungen bei Tage und nachts sehr reg.

Der Feind verlor in Luftkämpfen acht, durch Absturzung ein, durch Abwehrfeuer von der Erde sieben Flugzeuge und einen Jettellatlon.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Gesamtlage ist unverändert. Zwischen Sufla- und Puna-Tal ist ein russischer Angriff verlustreich in unserm Feuer zusammengebrochen.

Mazedonische Front.

Verbastete Feuer bei Monastir, auf dem Westufer des Warbar und südwestlich des Dokra-Sees.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Berlin, 3. 5. 17 abends. (Amstsch.)

An der Westfront ist ein erneuter englischer Durchbruchversuch unter schweren Verlusten für den Feind gescheitert. An der Aisne und nördlich Meins anhaltend harter Artilleriekampf.

Im Osten nichts Wesentliches.

Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 3. Mai. Amstsch wird verkauft:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Ein Vorstoß mehrerer feindlicher Kompanien gegen unsere Stellungen im Puna-Tal wurde unter blutigen Feindverlusten abgewiesen. An den übrigen Teilen der Front lebhafter Artilleriekampf.

Südwestlicher und Südlicher Kriegsschauplatz. Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs, von Doerfer, Feldmarschallleutnant.

Aus der Partei.

Vom Chemnitzer Kampfe.

Auf unsere Mitteilungen über die Vorgänge, die sich in der Preßkommission bei der Wahl des Nachfolgers Hellmanns abgespielt haben, brachte die Volksstimme eine verlegene und verwirzte Entgegnung. Sie gab dem Genossen Kurt Eisner Anlaß, zu folgender launiger Zuschrift an die Volksstimme, die, da das Blatt die Veröffentlichung nicht über sich gebracht hat, hier Platz finden soll:

An die Redaktion der Volksstimme.

Chemnitz.

Ich ersuche um Aufnahme der folgenden Zeilen: Die Nr. 98 der Volksstimme bringt eine längere Artikelstellung über das wunderbare Verhalten der Preßkommission bei der Wahl des Nachfolgers Hellmanns. Daß meine oppositionelle Stellung in der Kriegspolitik den Mitgliedern der Preßkommission unbekannt geblieben sein soll, und daß sie erst zu ihrer Überwindung von der Redaktion aufgeklärt werden mußte, glaube ich so fest, wie das meiste, was die Volksstimme seit Kriegsbeginn veröffentlicht (einschließlich der Bemerkung, daß die Zensur in Deutschland nur eine dekorative Bedeutung hätte). Die Redaktion stellt damit allerdings der Preßkommission das ehrende Zeugnis aus, daß sie ihr eigenes Blatt seit seinem Kriegszustand nicht mehr liest. Denn sonst müßte der Preßkommission mein hartnäckiger Kampf, den ich gerade in den Spalten der Volksstimme gegen die "Mehrheits"politik geführt habe, doch wohl bekannt sein. Ja, wenn man mich zurechtend unterrichtet hat, ist man in den Kreisen der Preßkommission gerade deshalb auf mich verfallen, weil man von höchst oppositionellen Artikeln Kenntnis besaß, die ich der Volksstimme gesandt hatte, die aber nicht erschienen sind.

Die gegenwärtige Redaktion tut ein übriges, um die Chemnitzer Verhältnisse zu kompromittieren. Sie benutzte irgendeine mir unbekannt aberne Verdächtigung der Altdorfer Volksstimme, um unter bedeutsamer Anspielung auf meine persönlichen Eigenschaften "von der notwendigen Dauer der Arbeitszeit auf unsere Redaktion" gefühllos zu sprechen. Da ich mich in meinem ganzen Leben noch niemals um irgendeine Parteistellung oder ein Parteiamt beworben habe, vielmehr stets nur dringenden Verlangens gefolgt bin, und da ich heute weniger denn je geneigt bin, meine Unabgängigkeit aufzugeben (sofern es nicht höhere politische Pflicht erfordert), könnte mir auch diese neue Probe des Kampfes, den die "Mehrheits"partei heute nach dem Muster der preussischen Polizeiverwaltungsentwurf gegen die Opposition führt, gleichgültig sein. Wer es ist Pflicht, Verleumdern das Handwerk zu legen. So ersuche ich denn um Auskunft, was jene Anspielung auf die "notwendige Dauer der Arbeitszeit" bedeutet. Ich möchte gern jemandem Gelegenheit geben, öffentlich mit den zwingenden juristischen Mitteln den Wahrheitsbeweis zu führen, daß ich mich niemals derlei Notwendigkeiten entzogen hätte. Bisher war ich bekannt dafür, daß ich während meiner redaktionellen Tätigkeit ein quantitatives Maß von Arbeit geleistet habe, das fast kaum zu nennen. Wenn jetzt Verleumdung das Gegenteil wissen, so sollen sie hervorbringen. Inzwischen trübe ich mich neuerlich mit den melancholischen Verlesenen eines "Abgetanen".

Vergangene Arbeit und getaner Dienst
Vergelten niemals dir versagte Freuden;
Wenn du, geschäftig, gestern Herrscher schienst,
Nicht morgen, aus geschirrt, nur dein Verganden.

München, 28. April 1917.

Kurt Eisner.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Alfred Herrke Leipzig

Verantwortlich für den Anfertigten:

Kuno Lehmann Leipzig

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 4. Mai.

Geschichtskalender. 4. Mai 1770: Der Philosoph Johann Friedrich Herbart in Oldenburg geboren († 1841) 1796: W. O. Prescott, amerikanischer Geschichtsschreiber, in Salem geboren. 1814: Ankunft Napoleons auf Elba. 1826: Der Naturforscher Thomas Henry Huxley in Ealing geboren († 1895). 1912: Der Schriftsteller Edwin Hermann in Leipzig gestorben (* 1851). 1915: Italien kündigt den Dreibund.

Sonnenanfang: 5,26, Sonnenuntergang: 8,28, Monduntergang: 3,50 vorm., Mondaufgang: 5,54 nachm.

Die Leipziger Knoblauchküche.

Frühlingsmorgen im Leipziger Rosental! Welcher Leipziger hätte das nicht erlebt und wer dachte dabei nicht an den Knoblauchduft und an die Weinschmeide, die in ungerichteten Reihen, und an die Zeitungsschreiber, die im schlechten Stille mehr schlechte als gute Worte über die Eigenart des Leipziger Rosentals machten. Viele fanden den kräftigen Geruch des süßig wuchernden Knoblauchs unangenehm. Andre sagten, er sei lästig und manche behaupteten sogar: es stinkt im Rosental nach Knoblauch. Was ist nicht alles zusammengefasst und geordnet worden über den Knoblauchduft. Auf der Gesellschaft der bürgerlichen Zeitungen kehrten in jedem Frühjahr die bekannten Stimmen aus dem Publikum wieder, die sich in allen Tonarten über den häßlichen Knoblauchduft im Rosental beschwerten und entschieden oder auch ganz entschieden Abhilfe verlangten. Zeitungsreiter haben in spaltenlangen Artikeln — die Seite 5 oder 10 Pfg. — ihre oder anderer Leute Weisheit ausgekratzt. Leute, die viel Zeit hatten, haben die ältesten Chroniken durchgeschniffelt und nachgewiesen, daß Knoblauchduft und Rosental zusammengehören, und daß vor schon wer weiß wie vielen Menschenaltern die braven Einwohner Leipzigs sich mit dem Rosental und dem Knoblauchduft beschäftigt haben. Sohe Ratkollegen vergangener und gegenwärtiger Zeiten haben dem Knoblauch ihre kostbare Zeit gewidmet. Praktiker und Gelehrte haben ihre Erfahrung und Weisheit im Kampfe gegen den Knoblauch erprobt — doch alles war vergeblich. Der Knoblauch spottete jeder Anstrengung. In jedem Frühjahr schlug er wieder kräftig aus und duftete den Leipziger etwas vor: es war eben nichts mit ihm anzufangen. Er roch zum mindesten nicht aus, sah nicht weiter schön aus und war zu nichts zu gebrauchen, nicht einmal als Viehfutter.

Das ist mit einem Schläge anders geworden. Sozusagen über Nacht ist aus dem so verachteten Knoblauch eine Nutzpflanze allerersten Ranges, ein nützliches Nahrungsmittel für die menschliche Ernährung geworden. Inzwischen sind die Zeitungen zur rechten Zeit entdeckt, daß Knoblauch bei entsprechender Behandlung der menschlichen Ernährung dienlich gemacht werden könne, und jetzt erleben wir nun im Rosental eine richtiggehende Knoblauch-epidemie. Schulkinder, Schüler höherer Lehranstalten und Soldaten sind eifrig beschäftigt, den Knoblauch abzuschneiden und in Säcke zu füllen. Ganze Wagenladungen werden auf diese Weise täglich gesammelt und in die Knoblauchküche auf dem Schlachthof gebracht. Dort ist seit dem 1. Mai ein großer Betrieb im Gange. Etwa 50 Frauen und Mädchen sind dort unter der Leitung einer erfahrenen Frau beschäftigt, die den Knoblauch zunächst einem Veredelungsverfahren unterzieht.

Ein Wagen mit Säcken beladen fährt vor, fixe, kräftige Jünglinge schleppt mit Hilfe des Geschirrführers, eines Trainsoldaten, die Säcke in einen großen Raum, in dem an mehreren Tafeln Frauen sitzen, die den Knoblauch auslesen, die weißen Blätter beseitigen und dann in großen Bannern waschen. Darauf kommt der Knoblauch in die neueste Grobküche. Je ein mächtige Kessel stehen dort unter Dampf, je ein andre harren ihrer Verwendung. In der Küche wartet eine erfahrene Köchin mit mehreren Schürkinen ihres Amtes. Der Knoblauch wird zuerst gebrüht, dann gelocht, dann kalt ausgebrüht, dann noch einmal gelocht. Dann wird er in einem besonderen Räume durch einen Fleischwolf gebrüht und zu einem spinatähnlichen Brei gemahlen. Das Brühen und wiederholte Kochen hat dem Knoblauch allen scharfen Geruch genommen; eine Probe überzeugt davon, daß von dem Knoblauchgeruch nicht zurückzubleiben ist. Aus dem Fleischwolf fällt der Knoblauch in Abfall, die einen Zentner fassen. In diesen Abfall wird er dann allen häßlichen Speisekanten zugeführt. Bei 285 Pfund Knoblauch, die mit Kartoffeln vermischt waren, wurden gegen 1400 Personen gespeist.

Das Frühgemüse fehlt, der Knoblauch erscheint als Retter in der Not und befreit die häßlichen Speisekanten aus einer schlimmen Verlegenheit. Vielesicht wird nun die Orientpflanze, die bei uns so stark verwildert, geschmäht und bekämpft war, durch den Krieg zu einer Kulturpflanze, was auch bezeichnend wäre für die Kultur.

Die Steuern im Jahre 1917.

Da jetzt mit dem Austragen der Steuerzettel bezogen wird, bringen wir eine Aufstellung über die Steuern für das laufende Jahr.

Table with columns: Es sind zu zahlen im Jahre 1917, bei einem Einkommen von, Steuerklasse, Stadt, luther. Schul-, luther. Kirchen-, auf, 1916 Betrag die Steuer auf. Rows show income brackets from 500 to 5800 and corresponding tax amounts.

Lebensmittellisten für Sonnabend, den 5. Mai.

Für Haushaltungen. Anmeldung: Butter: Letzter Tag — abzugeben Landesfestmarkte O, Besuchs- und Sonderbuttermarkten für 8. bis 14. Mai.

Salzherben oder Salzblumenkohl: Letzter Tag — abzugeben 13 E, K der Brotkarte 18, 2.

Kartoffeln: Letzter Tag — abzugeben H 5 (4 Pfund).

Eier: Letzter Tag — abzugeben rosa und grüne Eiermarke C 1.

Ausgabe: Kriegsmus: Letzter Tag — bestellt mit 10 E, K, 8 der Brotkarte 18, 1.

Fleischzulage zum Vorzugspreise: — bestellt mit häßlichen Fleischmarkten F.

Butter: Beginn — bestellt mit Landesfestmarkte N, Besuchs- und Sonderbuttermarkten für 1. bis 7. Mai.

Margarine: Beginn — bestellt mit Landesfestmarkte Q und rosa Margarinemarkte B 4 bis 8.

Ausbau der Reichswochenhilfe.

K. M. Zum Zweck der weiteren Ausgestaltung der Reichswochenhilfe hat der Deutsche Bund für Mutterchutz um ihre Ausdehnung auf die Wöchnerinnen der Hilfsdiensttätigen (d. i. der tatsächlich zum Hilfsdienst eingezogenen Mütter) petitioniert. Der Ausschuss des Reichstags für den vaterländischen Hilfsdienst hat diese Petition unterstützt und den verbündeten Regierungen „zur Erwägung“ überwiesen. Auch hat der Staatssekretär Dr. Delfferrich im Reichstage bereits erklärt, die verbündeten Regierungen würden in der Frage der Ausdehnung der Wochenhilfe auf die Frauen der Hilfsdienstleister die finanziellen Gesichtspunkte zurücktreten lassen hinter den wichtigeren Gesichtspunkt der Förderung einer gesunden Nachkommenschaft und des Bevölkerungszuwachses. Es ist daher der baldige Erlass einer Verordnung über Erweiterung der Wochenhilfe zu gewärtigen womit zugleich auch eine Erhöhung der Wöchnerinnenunterstützung, deren Sätze bei der jetzigen Lebensmittelteuerung unzureichend geworden sind, verbunden werden soll.

Auch über die Beibehaltung der erhöhten Wochenhilfeleistungen im Frieden — eine Forderung, für welche alle Parteien eingetreten sind — sind, wie wir hören, Vorarbeiten im Gange. Es bleibt zu wünschen, daß diese zu einem günstigen Ergebnis führen und in einer Form zum Gesetz erhoben werden, die auf Erhaltung und Kräftigung der kommenden Generation weitreichende Wirkung ausüben vermag. Im Interesse der „Menschenökonomie“ und insbesondere gegenüber den immer weiter sich verläufenden Tendenzen zum Geburtenrückgang werden auch hier „finanzielle Gesichtspunkte“ hinter die wichtigeren der Bevölkerungspolitik unbedingt zurücktreten müssen.

Der Buddingpulverschwindel.

blüht lustig weiter. Zwar ist reines Kartoffelmehl zum festgesetzten Höchstpreise von 25 Mk. pro Zentner selbst bei der zuständigen Kriegsgesellschaft für den Kleinhandel, d. h. den Hausbedarf, nicht zu haben. Aber die Industrie, die Kartoffelmehl ein wenig färbt, mit Fruchtäther und Extrakten parfümiert und dann zu 180 bis 280 Mk. den Zentner in kleinen Diliten verkauft, wird von derselben Kriegsgesellschaft immer wieder mit Kartoffelmehl beliefert. Neuerdings hat sogar eine einflussreiche Groß-Berliner Gemeinde eine Nährmittelfabrik mit Kartoffelmehl zur Herstellung von Buddingpulver beliefert. Wo bleibt da das ausschlaggebende Kriegs-ernährungsamt, wo bleiben die kontrollierenden Preisprüfstellen? Die Verbraucher werden gern auf Buddingpulver verzichten, wenn sie das ihnen wichtigere reine Kartoffelmehl zu normalen Preisen erhalten können.

Ein Fehler in der Brotzuteilung. Eine Leserin schreibt uns: Seit 17. April erhält ein Kind vom zweiten Lebensjahre drei Pfund Brot wöchentlich, außerdem täglich einen Liter Milch und ab und zu ein halbes Pfund Grieß. Ein Kind von 12 Jahren erhält aber nur drei Pfund Brot wöchentlich und sonst nichts. Nun haben wir ja seit drei Wochen eine Lebensmittelkarte, aber bis jetzt haben wir darauf weder etwas angemeldet noch erhalten. Jede Mutter weiß, welche Schwierigkeiten für die Ernährung der Kinder aus dieser Regelung entstehen. Es müßte unbedingt für eine reichlichere Ernährung der älteren Kinder gesorgt werden.

Verzicht auf die Feler des Pfingstmontag. Einen Verzicht auf die Feler des Pfingstmontag schlägt die Urzeitung vor. Zur Begründung wird angeführt: Kirchliche Bedenken dürften kaum entgegenstehen. Dem religiösen Bedürfnis, das Pfingstfest feierlich zu begehen, kann an dem einen Tag Genüge geschehen. Die religiöse Bedeutung der zweiten Feiertage dürfte überhaupt nicht allzu hoch einschätzbar sein. Der Verzicht auf die Feler soll der Arbeit für die Ausrüstung und der Versorgung der Soldaten, sowie der Ernährung des Volkes in der Heimat zugute kommen. Es wird angeordnet, durch einen Bundesratsbeschluss den Pfingstmontag als gesetzlichen Feiertag aufzuheben.

Das Kriegsministerium zur Einschränkung des Bargeldverkehrs. Zur Einschränkung des Bargeldverkehrs hat das Kriegsministerium im Einvernehmen mit dem Reichspostamt neue Bestimmungen für Feldpostanweisungen und Zahlskarten getroffen. Die Truppe setzt die abzuhaltenden Beträge in den namentlichen Listen von den Pöschungsbeträgen ab, kirzt die Summe um den Gesamtbetrag der Postanweisungen und Zahlskarten und gibt diese mit der Pöschungsliste an die Kassenverwaltung. Diese gibt dann die Buchungen an die Feldpostanstalten weiter. Barzahlungen auf Postanweisungen und Zahlskarten dürfen in der Regel nur noch durch Angehörige von Formationen ohne Truppenkassen usw. erfolgen.

Beglaubigung von Unterschriften Kriegsgefangener. Es wurde bisher immer als ein Mangel empfunden, daß Rechtsveränderungen unterzeichnen mußten, zu denen gerichtlich oder notariell beglaubigte Unterschriften der Gefangenen notwendig waren, weil es nicht möglich war, diese Unterschriften in der gefällig vorgezeichneten Form bezuschlagen. Diesem Mangel hat eine neue Bekanntmachung des Bundesrats abgeholfen. Hiernach steht es der öffentlichen Beglaubigung der Unterschrift eines deutschen Kriegsgefangenen gleich, wenn zwei weitere Kriegsgefangene, die deutsche Militärpersonen sind und mindestens im Range eines Unteroffiziers stehen, schriftlich bezeugen, daß die Unterschrift des Gefangenen tatsächlich von diesem herrührt. Zum Beweis der Echtheit einer solchen Urkunde genügt ein schriftliches, mit dem Diensteitel oder -stempel versehenes Zeugnis einer ausländischen Dienststelle, der die beiden Unterschriftenzeugen unterstehen. Es ist also jetzt möglich, sich Urkunden, deren Unterschrift gerichtlich oder notariell beglaubigt sein müssen, wie a. V. Vollmachten für Grundbuchzwecke, Anträge an die Handelsregister, in rechtsverbindlicher Form auch mit den Unterschriften von Kriegsgefangenen zu beschaffen.

Eine weitere Einschränkung des Brennspiritusverbrauchs ist wegen des starken Bedarfs für Zwecke der Landesverteidigung derart erfolgt, daß 25 Hundertteile des früheren Verbrauchs eines Monats während der Sommerzeit nunmehr für zwei Monate ausreichen müssen. 20 Hundertteile werden zum Bezugspreise von 55 Pfg. für das Liter gegen Bezugsmarkten, die wir bisher von den einzelnen Verwaltungsstellen verteilt werden, in den Verkehr gelangen, während 5 Hundertteile zu dem höheren Bezugspreise von 1.50 Mk. für das Liter ohne solche Marken vertrieben werden dürfen. Während bisher die Marken für die Verfühlung des tatsächlich vorliegenden Bedürfnisses ausschließlich an Minderbemittelte verteilt wurden, dürfen die Marken in Zukunft an diese nur insoweit abgegeben werden, als sie den Brennspiritus unbedingt zu Kochzwecken benötigen und dies nachzuweisen in der Lage sind.

Nichtpreise für Napojina. Der Rat der Stadt Leipzig teilt mit, daß für den Napoj, der jetzt für Gemüßgewebe in den Handel kommt, ein Nichtpreis von 20 Pfg. für das Pfund angemessen erscheint.

Vorübergehende Verlegung der E- und M-Linie. Die Große Leipziger Straßenbahn teilt mit, daß von Montag, dem 7. d. M., an wegen Gleisreparaturen in der Wäckerstraße die Linien E. K mit Strich, M und die Kutschenbahn Scharfhub bis auf weiteres nicht durch die Wäckerstraße, sondern durch die Passendorfer Straße verkehren.

Die Arbeitsmarktlage in Leipzig im April 1917. In männlichen Arbeitssuchenden waren 1283 vorhanden, 1952 offene Stellen wurden gemeldet und 1121 besetzt. Ein starkes Ueberangebot an offenen Stellen lag besonders für jugendliche Arbeiter vor. Im Gastwirtsgerber wurden 234 Personen verlanget und 210 vermittelt. Von weiblichen Personen suchten 1427 um Arbeit nach, 2087 offene Stellen lagen zur Besetzung vor und 1407 wurden besetzt. Es fehlte besonders an Zoselshnerinnen (Schwerarbeiter), ferner an Arbeiterinnen der Metall-, chemischen Textil-, Papier-, Nahrungsmittel- und graphischen Industrie. Auch an Dienstmädchen war wieder großer Mangel vorhanden: 218 offene Stellen wurden gemeldet, die 119 Dienstmädchen, die sich einfinden ließen, wurden auch in Stelle gebracht.

Zaatzgut vom Not. Uns wird mitgeteilt, daß ein hiesiger Einwohner von 90 Pfund Zaatzkartoffeln, die ihm zugeteilt waren, nur 65 Pfund brauchbare Zaatzkartoffeln verwenden konnte. Er beschwerte sich darauf bei der Firma Schöbel u. Fischer in der Gutsmuthsstraße und erhielt von dort die Antwort, die Firma habe sich schon wegen der schlechten Zaatzkartoffeln beim Rat der Stadt beschwert. Darauf seien auch zwei Ratbeamte dagewesen, die sich die Kartoffeln angesehen haben. Die Beamten hätten erklärt, die Firma solle die Kartoffeln nur rubin verkaufen, wer sie nicht nimmt, bekommt überhaupt keine. Offenbar liegt hier eine Umgehung der Höchstpreise vor, denn wenn jemand 65 Pfd. Kartoffeln und 25 Pfd. unbrauchbares Zeug verkauft, so darf er dafür nicht 90 Pfd. Kartoffeln bezahlt nehmen. Es ist wohl eine Behörde, die hier eingreift?

Zur Beachtung bei Reklamationen. Uns wird geschrieben: Hk. Von militärischer Seite sind Bedenken dagegen geäußert worden, daß in den Gesuchen um Zurückstellung oder Vermeidung Wehrpflichtiger von den antragstellenden Firmen vielfach bis ins einzelne gehende Angaben über Art, Umfang und Bestimmung der ihnen übertragenen Herstellungsleistungen gemacht werden zu dem Zwecke, die Wichtigkeit ihrer Arbeiten und damit die kriegsindustrielle Bedeutung ihres Betriebes in besonderer Weise darzutun. In diesem Verfahren erblickt man mit Recht eine ernste Gefährdung vaterländischer Interessen. Die beteiligten Kreise werden daher auf das eindringlichste ermahnt, außer der schlichten Tatsache ihrer Herstellungsleistungen über diese selbst, insbesondere über Art, Umfang und Bestimmung, keinerlei Einzelheiten in ihren Gesuchen mitzuteilen. So schädlich derartige Angaben im öffentlichen Interesse sein können, so entbehrlich sind sie für die Militärbehörden, die ohnehin zum Teil die Wichtigkeit solcher Gründe eingehend nachprüfen.

Das Schweizerische Konsulat, das gegenwärtig auch die italienischen und brasilianischen Interessen vertritt, ist in Zukunft Sonnabends nur bis nachmittags 3 Uhr geöffnet.

Die Versorgung von Kriegswitwen. Verwitwete Kriegsfrauen stehen infolge der Erhöhung der Familienunterstützung mit ihren Rentenbezügen zum Teil schlechter als zur Zeit, da sie nach Familienunterstützungen begogen. Die Verminderung der Bezüge beim Verlust des Ernährers und dem Einsetzen der Renten erregt vielfach Mißstimmung. Nach dem Bescheid des Ministers des Innern ist es aber nicht zulässig, den Frauen und Kindern gefallener Krieger Ausgleichsunterstützungen in Form von Zuschüssen zu den Rentenbezügen zu gewähren. Auch die Kriegspensionäre haben sich während ihrer aktiven Dienstzeit besser gehalten. Sie müssen sich mit den Verhältnissen abfinden. Die verwitweten Kriegsfrauen und ihre Familien dürfen aber nicht in Not geraten. Es ist daher unerlässlich, daß sie neben den Hinterbliebenenbezügen im Falle der Bedürftigkeit von den Gemeinden durch die Kriegswohlfahrtspflege unterstützt werden. Diese Zuwendungen sollen aber nicht nach den bestimmten Sätzen gewährt werden. Es kann dafür nicht etwa die Höhe des Unterschieds zwischen den früheren Familienunterstützungen und den Hinterbliebenenbezügen in Frage kommen. Maßgebend ist der Grad der Bedürftigkeit.

Leipziger Schulmuseum (Leipzig-Dölitz, 10. Bezirksschule, Station Rathaus Dölitz der D-Bahn). Das Schulmuseum wird nach längerer Kälteferien am Sonnabend, 5. Mai, wieder eröffnet und ist von nun an jeden Mittwoch und Sonnabend von 4-8 Uhr geöffnet. Außer den ständig ausgestellten Gegenständen sind gegenwärtig die interessantesten Arbeiten der freiwilligen Zeichnerkurse zu sehen, welche die Stadt im Jahre 1916 einrichtete, um zeichnerisch begabten Knaben eine über das Maß des Schulunterrichts hinausgehende Durchbildung zu gewähren. Gerade für die jetzt so viel behandelte Frage des Aufstiegs der Knaben sind diese Zeichnungen besonders wertvoll. Bis Pfingsten ist ferner eine Vorführung der Techniken des Zeichnens und Malens zugänglich. Die ein stetiger Weg von dem hilflosen Stummeln des vorpflanzlichen Kindes über die Unterweisung im Unterricht hinweg bis zur reifen Arbeit des Künstlers führt, zeigt diese Ausstellung besonders eindrucklich. In kurzer Zeit wird im Anschluß an das Schulmuseum in der 29. Bezirksschule eine völlige Neuerung eingeführt: Spielzimmer für Kinder. Es soll Kindern hier Gelegenheit gegeben werden, zu spielen, die zu Hause nicht die gleiche Gelegenheit haben; zugleich sollen Beobachtungen über die Benutzung der verschiedenen Spielmittel angestellt werden, die für die Leipziger Spielzeugmesse von Bedeutung sein werden. Der Verband deutscher Spielzeugfabrikanten hat starkes Interesse für diese neue Einrichtung bezeugt.

Knochen- und Kleinfleischverkauf auf dem Schlachthofe. Sonnabend, den 5. Mai, früh: von 8-10 Uhr Nr. 21501 bis 22500; von 10-12 Uhr nur für Urlauber; von 1,2-2 Uhr Nr. 22801 bis 23000; von 2-3 Uhr Nr. 23001 bis 24000. Passendes Kleingeld und 4 Fleischmarkten (F) sind mitzubringen.

Die Firma Augustin verkauft heute Rindsknochen an die Nummern von 89501 bis 70800.

Kaltes Gerücht. Uns wird geschrieben: In der Stadt ist das Gerücht verbreitet, manchen Arbeitern würde seit neuester Zeit durch ihre Unternehmer mehr Brot zugewiesen. Diese Meinung beruht auf Unkenntnis der Art der Zuteilung des Zusatzbrotes für Schwerarbeiter. Schon seit Beginn der Regelung der Schwerarbeiterzulagen werden Zusatzbrotmarkten für die Schwerarbeiter von der Stadt an die Betriebe, in denen diese arbeiten, vorausgab, die sie den Arbeitern ausshändigen.

Abänderung der Wohnungsmeldevorordnung. Rat und Polizeiamt haben eine Bekanntmachung erlassen, wonach die Meldevorordnung insofern abgeändert wird, daß während der Kriegsdauer und drei Monate nach Friedensschluß die Vermieter, Wohnungsvorstände und sonstige Wohnungsgewerber oder ihre Stellvertreter ihre Mieter und sonstigen Wohnungsnutzer in jedem Falle persönlich oder durch einen erwachsenen Familienangehörigen unter Vorlegung ihres eigenen Wohnungsmeldescheines an- und abzumelden haben. Eine Anmeldung durch den Wohnungsbesitzer ist also unzulässig. Die Bestimmungen über die Anmeldung aus den Gasthöfen und Bergen bleiben wie bisher.

Das Haupttheater Museum der Universität (Schillerstr. 5), das seit dem Nachkriegsbeginn längere Zeit geschlossen war, wird von Sonntag, dem 6. Mai, an wieder regelmäßig an den Sonntagen von 11-1 Uhr dem Publikum zugänglich sein. Die stark besuchten Vorstellungen werden in nächster Zeit wieder aufgenommen. Im übrigen wird jetzt das Museum auch an den Wochentagen von 8-12 Uhr gegen ein Eintrittsgeld von 50 Pfg. geöffnet sein.

Polizeinrichten.

Wer vermisst jemand? In der Havel in Potsdam wurde am 22. April d. J. die Leiche eines anscheinend dem Arbeiterstande angehörenden 20-25 Jahre alten Mannes aufgefunden, die anscheinend schon längere Zeit im Wasser gelegen hat. Die Leiche ist etwa 1,45 bis 1,50 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, rundes Gesicht, niedrige Stirn und breite, eingedrückte Nase. Die abgetragene schadhafte Kleidung besteht in zweifelhaftem, dunkelgrünem Jackett, braungrüner, gestreifter Hose, welchem Hemd, darunter Turnhemd mit Abzeichen, und braunledernen Sandalen. Auskünfte über den Toten werden an die Kriminalabteilung erbeten.

Unfall beim Abpringen von der Straßenbahn. Beim Abpringen von einem im Gange befindlichen Straßenbahnwagen kam gestern Abend am Altkirchplatz ein Frau zu Falle und zog sich am Hinterkopfe eine erhebliche Quetschwunde zu. In der Sanitätskassette wurde ihr die erste Hilfe zuteil.

Diebstähle. In der Nacht zum 17. April sind aus einer Steinbrucker in der Dörrienstraße zwei Treibriemen im Werte von 200 Mk. gestohlen worden. — Weiter erlangten Diebe aus einer Fabrik in der Helmuthstraße in Leipzig-Lindenau auf nicht aufgeklimmte Weise ein Stück zugerichtete Baumstammrinde, die im Kopfe mit dem eingestochenen Buchstaben „M“ gezeichnet sind. Die Rinde haben einen Wert von 1000 Mk. — In einer Wägerei in der Wismannstraße wurde in der vergangenen Nacht ein Schaufenster zertrümmert und aus dem Laden etwa 60 Pfund Brot gestohlen. Wahrnehmungen über die Diebstähle und den Verbleib der gestohlenen Sachen bittet man der Kriminalabteilung mitzuteilen.

Wem gehört das Einhorn? Bei einer Wohnungsdurchsichtung wurde ein größeres Stück Einhorn vorgefunden, das vermutlich von einem Diebstahl herrührt. Der Diebstahl wird eruiert, sich bei der Kriminalabteilung zu melden.

Berichtsaal.

Landgericht.

Eine Anzahl Einbrüche ließ sich der Arbeiter Bruno Vanier ausfinden. U. a. stahl er ein Schwein, zehn Kaninchen und einen Wansen. Die Diebstähle führte er in Wittweida, Osanna, Madefeld und Wahren aus. Der Angeklagte ist mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. Er soll aber geistig etwas minderwertig sein, weshalb ihm trotz seiner Vorstrafen mildernde Umstände zugesprochen wurden. Das Urteil gegen ihn lautet auf zwei Jahre Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust. Sein Bruder Hermann Vanier, der ihm Beistand geleistet hatte, erhält acht Monate Gefängnis.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Dresden, 3. Mai.

Die schwere Kohlennot des letzten Winters beschäftigte heute die Zweite Kammer in einer längeren Sitzung. Die sozialdemokratische Fraktion hatte an die Regierung die Anfrage gerichtet, was sie gegenüber dem Kohlenmangel getan habe und wie sie jetzt und künftig diesem Uebel rechtzeitig zu begegnen und die Verteilung der Kohlen zu regeln gedenke. Ein nationalliberaler Antrag ersuchte die Staatsregierung, alles zu tun, den Kohlenmangel zu beheben und für rechtzeitige Beschaffung des nächsten Winterbedarfs Vorkehrung zu treffen. Die sozialdemokratische Anfrage begründete wirkungsvoll Genosse Mehnert. Der Kohlenmangel sei zuerst in der Industrie bemerkbar geworden und schließlich auch in der Stadt empfindlich aufgetreten. Die zuständigen Stellen, namentlich die Reichskohlenzentrale, hätten hier versagt. Am schlimmsten sei die Bevölkerung in der Stadt, namentlich die arme Bevölkerung, getroffen worden, sie habe im letzten Winter nicht nur hungern, sondern auch frieren müssen. Hier sei schnelle Abhilfe notwendig, um zu verhindern, daß das Uebel im nächsten Winter noch schlimmer werde. Es müsse die Kohlenverteilung geregelt werden. Schließlich wandte sich Mehnert den Preissteigerungen der Kohlenwerke zu und verlangte entschiedenes Einschreiten. Der Abg. Rietzhammer behandelte in der Begründung des nationalliberalen Antrages die Angelegenheit mehr von verkehrsrechtlichen Standpunkte und brachte dabei die alten Klagen über unzureichende Verkehrsverhältnisse vor. Der Minister des Innern, Graf Wichtum, ging zunächst auf die Ursachen der großen Kohlennot ein. Unter diesen Ursachen spielt die Kälte und die lange Dauer des Krieges eine wesentliche Rolle; es habe schließlich der Verkehr auch auf der Elbe geruht. Der Minister zählte dann all die Maßnahmen auf, die die Regierung zur Beseitigung der Not ergriffen habe und stellte die Einführung der Kohlenkarte in Aussicht. Das Hauptgewicht werde auf die Erhöhung der Förderung gelegt werden müssen.

Hierauf begründete der Abg. Günther die fortschrittliche Anfrage wegen der Kohlenpreiserhöhungen. Seiner zahlenmäßigen Ausführungen über die Gewinne der Kohlenwerke gedenkend, schloß er, daß die ungeheuren Preissteigerungen in den Verhältnissen keinerlei Begründung finden. Gegenüber den Einkünften der Kohlenwerke war der Finanzminister im ersten Teile seiner Antwort geradezu unglücklich. Er behauptete, daß die Kohlenpreiserhöhungen in der Hauptsache auf die Kohnerhöhungen zurückzuführen seien, während doch Abg. Günther das Gegenteil nachgewiesen hatte. Später wurde von unserm Genossen Krause, einem Bergarbeiter, die Behauptung des Ministers noch einmal scharf zurückgewiesen. Im zweiten Teile seiner Ausführungen wandte sich der Finanzminister gegen die liberalen Behauptungen, daß die mangelhaften Verkehrsleistungen die Ursache der Kohlennot seien. Er meinte, und, wie wir sagen, mit Recht, daß die Transportbeschwerden auf die hohen Ansprüche der Seeresverwaltung an Güterwagen und Lokomotiven zurückzuführen seien.

In der Debatte wurde auch, worauf schon Genosse Mehnert hingewiesen hatte, über die hohen Brennholzpreise gelaugt. Ein konservativer Redner, der Abg. Seymann, sprach hierbei auch das Wort Staatsminister aus, welchen Vorwurf der Finanzminister zurückwies. Bei der nächsten Statberatung wird beim Kapitel Fortsetzung dieser Punkt um so eingehender besprochen werden müssen, als es sich jetzt als die Auffassung der Kammer herausstellt, daß eine Erhöhung der Holzpreise, auf der die Regierung entschieden bestand, nicht nötig war.

Was das Ergebnis der Kohlennot anlangt, so darf man sagen, daß sich die ganze Auseinandersetzung an der Oberfläche bewegte. In einer Kohlennot haben wir auch in Friedenszeiten fast regelmäßig im Winter gelitten. Diese Kohlennot war verursacht durch den Wapenmangel. Mit den früheren Umständen ist der letzte Kriegsstand jedoch gar nicht zu vergleichen. Durch den Krieg ist nicht nur die Förderung beschränkt worden, weil es an Leuten fehlte, sondern die größeren Ansprüche der Seeresverwaltung an den Güterwagenpark und die Lokomotiven mußte den Notstand zu einer außerordentlichen Höhe steigern. Selt man noch dazu, daß der Eisenverkehr lange Zeit stilllag, so kann man wirklich nicht sagen, daß die mangelhaften Verkehrsleistungen in Sachsen die Schuld an der Kohlennot tragen. Diese Kohlennot wäre sicher auch nicht minder fühlbar gewesen, wenn unsere Verkehrsleistungen nach den nationalliberalen Wünschen angeordnet worden wären. Besser werden wird es wohl erst, wenn einmal der Krieg vorüber ist.

Die Pensionen der Kriegserwitwen und die Familienunterstützungen.

Bei der Beratung über die Sommerunterstützungen der Kriegsfamilien im Stadtvorordnetenkollegium zu Plauen bemängelte Genosse Langenstein, daß die Kriegserwitwen in ihrem Rentenbezug zu sehr schlechtlage gestellt sind, daß sie doch bedeutend weniger Kriegserwitwenrente als vordem Kriegsunterstützung bekommen. Nach einer vom Heimatrat vorgenommenen und vom Kriegsunterstützungsausschuß berechneten Aufstellung sind in Plauen 755 Kriegserwitwen, die als Kriegsunterstützung 785000 Mk. bezogen würden, als Kriegserwitwenrente jedoch nur 540000 Mk. bekommen, mithin rund 1050000 Mk. weniger. Auch von anderen Seiten wird es als ungerecht bezeichnet, daß die Kriegserwitwenrenten so niedrig bemessen sind. Die sozialdemokratischen Stadtvorordneten brachten den Antrag ein, daß den Kriegserwitwen, deren Rente hinter den Renten der Kriegserwitwen zurückbleibt, diese so weit erhöht werden soll, daß sie den Sätzen der Familienunterstützung für Kriegsteilnehmer entspricht. Sowohl der Oberbürgermeister wie Stadtvorordneter Günther und Genosse Reinhold sprachen sich ebenfalls dahin aus, daß die Rente der Kriegserwitwen aufgebessert werden muß. Während aber Genosse Reinhold forderte, daß die Stadt sofort helfend beizutreten solle, da sie sicher vom Reiche zwei Drittel zurückbekommen würde, wählte der Oberbürgermeister ab, weil die Stadt eine solche finanzielle Neubelastung nicht tragen könne und es nicht absolut sicher ist, ob vom Reiche die Rückvergütung erfolge. Auf Vorschlag des Stadtvorordneters Günther wurde der Antrag unserer Genossen dem Finanzausschuß überwiesen.

Dresden. Auf Anordnung der Ministerien des Innern und der Finanzen wird das Klauen auch auf den Plattformen der Triebwagen und auf der hinteren Plattform der Anhängewagen der Stadtbahn Straßenbahn unterlagert. Ausgenommen vom Rauchverbot sind nur noch die vordere Plattform der Anhängewagen und alle Abteile der offenen Sommerwagen.

In das Finanzministerium hat sich der Stadtrat zugleich im Auftrage des Sächsischen Gemeindetages mit einem Gesuch gewendet, in dem er die Hilfe der Staatsforstverwaltung zur Beschaffung billigen Brennholzes anruft.

In der Hauptmarkthalle versuchten einige Gärtner, ihren Spinat nach auswärts zu höheren Preisen als den hiesigen Höchstpreisen zu verkaufen. Die anwesenden Produzentenhändler sollten keine Waren erhalten. Doch wußten sie das Verbot einer großen Menge von Salatkräutern zu verhindern. Infolge der Festsetzung der Höchstpreise für Spinat kam es fast bei allen Kaufgeschäften zu erwartlichen Anfechtungen, so daß die Hauptmarktbeamten vermitteln mußten. Der Verkauf des Spinats an Ort in der Prüfung unterblieb schließlich.

Meerane. Der Stadtrat hat beschlossen, 100 Hektare einzuführen und sie zum Preise von 100 bis 180 Mk. an die Einwohner zu abgeben. Für Statlungen will die Stadtverwaltung sorgen. Vorläufig sollen 100 Hektare beschafft werden, die sofort für den Milchbedarf verwendbar sind.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In einer Fabrik in Dresden ist der 10 Jahre alte Arbeiter Walter Tausch das Opfer einer Explosion geworden. Der junge Mann, der sich allein in der Werkstatt befunden hat, war beim Zusammenstoßen von Rindern beschäftigt, die plötzlich sich entzündeten und seinen augenblicklichen Tod herbeiführten. — In Kirchberg spielten Kinder mit Feuerwerkskörpern. Durch ein solches Streichholz fing ein völlig gefüllter Schuppen Feuer und brannte vollständig ab. Der im Oberstübchen lebende Besitzer, der nichts verstanden hatte, wird durch den Unfall erheblich getroffen. — In Dohna brannte die mit Boraxen aller Art gefüllte Schuppe des Heinsdieses unter. Als Brandstifterin wurde eine 10jährige Wand verkauft. — Im Buchhause zu Waldheim gerieten zwei Buchhändler, die mit Buchstücken beschäftigt wurden, auf dem Abort miteinander in Streit, in dessen Verlauf der eine Buchhändler dem andern mit seinem Schutzhelm sechs Schläge in den Kopf beibrachte, die den Tod des Verletzten zur Folge hatten.

Aus den Nachbargebieten.

Der Halleische Kreis zur Neuorientierung.

Eine Versammlung der vereinigten Vorstände des Bezirksverbandes Halle der Fortschrittlichen Volkspartei nahm eine Resolution an, in der es heißt:

Mit Genugtuung begrüßt das deutsche Volk die Osterbotschaft des Kaisers. Es sieht darin den festen Willen, den Ausbau der Staatseinrichtungen im freiheitlichen Sinne vorzunehmen. Getreu unserm Programm werden wir nur in der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Frauen, in der Neuordnung der Wahlkreise und in der Einführung parlamentarischer Regierungsform die Grundlagen sehen, die für die Umgestaltung unserer Staatseinrichtungen dringend notwendig sind. Wir werden dafür mit allem Nachdruck eintreten.

Vom Frauenwahlrecht ist also in der Halleischen Kreisversammlung keine Rede, obwohl auch von freikämpferischer Seite das Lob der Frauen für ihre Kriegleistungen in allen Tonarten erklang.

Osterleben. Der 48 Jahre alte Bergmann Karl Krüger von hier ist auf einem Bremswerk der Grube Marie Idlich tödlich verunglückt. Im Krankenhaus erlag er seinen schweren Verletzungen. Der Verunglückte hinterläßt Frau und vier Kinder. Im vorigen Jahre ist bereits sein 14jähriger Sohn durch Verletzung des elektrischen Stromes auf der genannten Grube tödlich verunglückt.

Sangerhausen. In Niestedt sind die beiden Kinder des Bergmanns Wendt im Alter von dreiviertel und zwei Jahren erstickt. Die Eltern hatten die Kinder in der Wohnung allein gelassen und waren ihren Feldarbeiten nachgegangen. Während ihrer Abwesenheit hatte sich das am Ofen liegende Holz entzündet und durch den entstehenden Rauch ist das Unglück geschehen.

Rudolfsuhl. Das Landgericht verurteilte wegen Ueberschreitung der Höchstpreise beim Verkauf und beim Kaufangebot von 10 Pfund und beim Kaufangebot von 10 Pfund, beide aus Wühnd, mit 10000 Mark Geldstrafe. Zwei weitere Angeklagte, die Kaufleute Richard und Otto Lux aus Weida, wurden wegen gleichen Vergehens zu je 2000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftsbewegung.

Kantategedanken im Felde.

Uns wird geschrieben: Am 6. Mai führt die Kantate zum dritten Male in der Zeit des schrecklichen Vorkriegens. Kantate, der Tag der buchhändlerischen Jahresabschlussrechnung. Das heißt, die Ueberschneidung der Bücher der Wochen vorher und den Tagen nachher erledigt, und zwar hauptsächlich von Angestellten. Am Kantatesonntag kommen nur die Chefs im Buchhändlerhause zu Leipzig zusammen, um zu essen und zu trinken und sich an schönen Reden zu erbauen. In Friedenszeiten ahnten die Leipziger literarischen Buchhandlungsbesitzer den Unternehmern nach, sie verankerten einen Bier- und Unterhaltungsabend im Zentraltheater. Am Montagsabend darauf wurde den Angestellten die hohe Ehre zuteil, mit den Prinzipalen im Krustallpalast — oder 1914 auf der „Buna“ — gemeinsam feiern zu dürfen. Ob diese Festlichkeiten im Kriege beibehalten worden sind, weiß ich nicht; von derartig wichtigen Sachen erfährt man ja an der Front nichts. Im Sinne der Kollegen im Felde wäre es höher nicht.

Der deutsche Buchhandel hat — abgesehen von den Beständen mit dem Ausland — durch den Krieg verhältnismäßig wenig gelitten. Er hat sich den Zeiten angepasst. Die viele andre Berufsleute hat sich auch der Buchhandel auf die Kriegswirtschaft geworfen und produziert Kriegsware, gute und schlechte. Tausende von Büchern und Büchlein sind infolge des Krieges erschienen, ganz abgesehen von den periodischen Kriegsdruckschriften. Eine genügende Menge dieser Neuerscheinungen sind allerdings ersammet im wahrsten Sinne des Wortes. Über Gewinn für die Unternehmer springt jedenfalls überall genug herab. Millionen von Erzeugnissen des Buchhandels finden wir als geltsame Nahrung in den Händen der Soldaten; sie machen den Abschluß der auf einigen Literaturreisen zum großen Teil wieder weilt. Der deutsche Buchhandel wird durch den Krieg nicht vernichtet werden, er ist gefestigt gegen „Alberne Regeln“.

Tausende von Kollegen stehen draußen vor dem Heinde und schillen mit ihrem Blut und Leben, was sie in Friedenszeiten nicht für sich, wohl aber oft auf Kosten ihrer gesunden Verfassungen, wirtschaftlichen und sonstigen Bedürfnisse aufbauen halfen. Und welchen Lohn und Dank werden sie dafür erhalten, wenn sie wieder heim kommen? Wird man sie wieder arbeiten lassen vom frühen Morgen bis spät in die Nacht hinein? Wird es noch immer Geldscheine geben, die ihren Angestellten den wahrhaft redlich verdienten Sommerurlaub rüberweg abnehmen? Wird es noch ein Prinzipal wagen, seine Angestellten mit Namen aus dem Dienst zu belegen oder ihnen gar Örtlichkeiten anzubieten? Wird man den Angestellten wieder Streikbrecherdienste zumuten, wenn das Markthelferpersonal um bessere Arbeitsbedingungen kämpft? Wird man die männlichen Angestellten noch immer zwingen, für Hungerlöhne zu arbeiten, mit dem Hinweis, die weiblichen Arbeitskräfte seien noch bedeutend billiger? Wird man vielleicht die Kriegsgeschädigten als Buchdrucker benutzen? Wird auch in das Leben der Buchhandlungsbesitzer ein Hauch von dem großen Juge der vielgeprüften und verheirateten Neuorientierung kommen? Solche und ähnliche Fragen laßt sich der Buchhandlungsbesitzer im Felde während der stillen Stunden zwischen den Kämpfen vor. In den stillen Stunden, da er des heifersten Friedens gedenkt. Des Friedens, der für ihn ein Kampf sein wird, wie er es schon vor dem Kriege war. Ein Kampf um die Existenz, um ein menschenwürdiges Dasein. Und dieser wirtschaftliche Kampf nach dem Kriege wird noch viel gewaltiger, noch viel heifer werden als er es vorher war. Das Unternehmertum wird nicht davon zurücktreten, seine schärfsten Waffen anzuwenden. Wehe dann den Kollegen, die zu den kampferprobten Truppen gehören oder sich von falschen und nutzlosen Büchern leiten lassen. Von Büchern, die nur die Kunst des Rückzuges und der Kapitulation beherrschen. Erdarmungslos wird der Sieger Kapitalismus über sie hinwegschreiten. Seht euch deshalb beizeiten nach den richtigen Führern um und stellt euch den rechten Kampfgewissen bei! Galtet euer Pulver trocken und euer Schwert hart! Der Kampf wird sicher kommen. Und nur der Buchhändler wird ihn bestehen.

B. B., Leipzig.

Bäckereien, Konditoreien
Alfr. Thiele, L. Hebe-Gebäude, 2. St. 21.
E. Zerkel, K. Schützenfeld, Neustädt. 81. 4

Beordnungsamt, Bergm.
Matth. 29
Telephon 4411

Rob. Bellmann
Matth. 29
Telephon 4411

Pietät
Matth. 29
Telephon 4411

Gebr. Reiche
L. Zschernakstraße 57.

Bediener, Betteln, Reinigung
H. Oldag, Südt. 2.
J. C. Schwartz, Brühl 56. Gg. 1768.

Bildereinstellungen
Oswald Krenpler, Torgauerstr. 40. 8

Glaserhandlungen
Osk. Päßler, Eilenstraße 28.

Dragon, Farben
Richard Helmold, Dufourstr. 24.
H. Springer, Necht, L., Gm. 87. 87

Brackets, Kohlen
Ferd. Grabau, N., Tauchaer Str. 25
Herm. Hefnerkorn & Co., Flagwitz.
W. Staudt, Vo., Eilend. 21, Kirchst. 28
Herm. Vogler, Sophienstr. 40.

Eisen- u. Stahlwaren
Hannstein & Kirchhof, Brühl 21.
Zeltner

Kleinig & Blasberg
Str. 37.

Alwin Richter
A., Brühlstr. 29.
Elio Souda, Nürnberg. Str. 8.
A. Wäke, M. G., Halleische Str. 218.

Fuhrwesen
Gebr. Reiche, Zschornersche Str.

Haus- und Küchengeräte
Anna Stamm, Zeltnerstr. 35

Koffer, Lederwaren
K. Bialik, Waldstr. 22, Teleph. 81. 81.
Rädler, W., Bolchestr. 48.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Erscheint wöchentlich dreimal. Bei Einkäufen bestens empfohlen.

Automaten-Restaurants
Ecke Neumarkt Goldener Hirsch Postautomat

Tabaceries, Wischereien
Telephon 38 550.

Hugo Lädere, Hugo Luckner
Läden in allen Stadtteilen.
für Teppichreinigung,
Pore, Portierab, Gardinen, Gd.
Möbelreinigung

Photograph, Arika
Gebr. Grundmann, Burgstr. 16.

Malkereien
Jos. Frisch, Ks., Wigandstr. 29.
A. Franzel, Brandvorwerkstr. 49.
Wilh. Herber, En., Delftscherstr. 118

M. Schubert
Banf. Str. 4.
Tel. 19224.

Mühlentabakete
Mühle Marktklober
H. Weizer und Roggenmühle

Obst, Grünwaren
R. Zeller, Gohlis, Roggenstr. 5.
Otto Zechner, Aus Hall. Str. 105

Vermitlungen
Rabel 56, Wohnung m. Gns.
4 1/2, Kl., 3 Boden, u. Zub. M. 420.
5 1/2, Kl., u. Zub. M. 450 ev. Kriegen.

Kolonialwaren
Otto Brücklein, Südt. 66.
H. Dietzsch, Ball., Wurzenerstr. 90.
Paul Kuttschen, Ks., Anlehnstr. 31
Osw. Mähling, L., Aurelienstr. 24.
C. W. Möbtus Necht, Nürnb. Str. 43.
E. Müller, L., Bleumringstr. 2.

Thomasmühle
Mahlbändl.
Ranst. Stgw. 21.
Ecke Neumarkt.

Aug. Thierlich
Paul Vieweg, Ball., Wurzenerstr. 154.

Schirms, Stühle
H. Müller, Necht, Eilenstr. 25.

W. Piller
Windmühlentr. 26.
Reparaturen billig
in Handarbeiten
große Auswahl

Schuhwaren, Schuhm.
Rosenberger, P., Gohlis, Linden-
str. 16.
Strumpfwaren und Tricotagen
F. S. Ewitz, Grünmühlentr.
26. 80.

Varon, Goldwaren
M. Komski Necht, große Rep.-Werkst.
Nürnberg. Str. 8

Rautius
Fuggenlosa Trauringe
Zur Trauringe-Ecke.
Ecke Schützenstr. 24.
Eng. Müller, Windmühlentr. 26.

Abelwein vom Fah
Th. W. Mühl, Necht, Eilenstr. 7

Eilenburg
Vereinsdruckerei Akt.-Gesellsch.
Landspargers Dampfbr. Eilenburg.

Brotschöcher
Karl Dähne, Ks., Droger, Farb-
J. F. Siebert, Kolonialwaren.

Werkzeug
Hacker, Str., Südt. 12, Lg. 81. 71

Schulmeister
W. Ziemer, Hg., Müll., Markt 8

Schneefeld
Krankenkassenarzt
Drog., Farb., Lpt. 61.
K. Hesse, Kol., Abtaundorfstr. 1

Wagner
E. Faust, Kol., Dal., Nechtstr. 4

Wiederholz
E. Becker, Dal. 127, Haus u. Kolleg.

Paul Bronchorst.

Roman von Levin Schilling.

Annette ging mit ihrem elastischen Schritt, von Tonberns Augen verfolgt, den langen Saal hinab und verschwand durch die Nebentür. Der Förster kam mit seiner brennenden Pfeife zurück und die drei Männer sahen nun ungestört in gemüthlicher Ruhe in dem sonstigen Erker.

Ich muß noch oft an den alten Eggenrode denken, hub der Förster Dorgelo an — wie der so manchmal hier in diesen Sälen auf- und abgeschritten ist und hat dem alten Fräulein Benegund Vernunft gepredigt. Es war ein wunderlicher Mann und wunderbar genug sah er aus in seiner biden schwarzen Wildschur, schwere Stiefeln mit Sporen, die ein halbes Pfund wogen, an den Füßen. Unten in den Ähren, die just hier unter dem Saale lagen, wachte man immer gleich, wenn der Baron Eggenrode da war, denn dann riefste und läubte gleich der Kalk nur so von der Decke herunter. Der große Pasha, sein Sautänger, ging hinter ihm drein, immer auf und ab. Und den Knechten vom Werdelopingshof, der lebt der Wehrlester ist, den hatte er zum Reitknecht; ohne den sah man ihn nicht über Land reiten. Drei seltsame Burche waren. Der alte Baron war immer wütend, und der Pasha immer knurrig und der Knecht immer verdriehlich. Es war, als hätte der liebe Gott die drei recht füreinander geschaffen. Nun, Sie müssen ihn ja noch gekannt haben, den Baron Eggenrode, Herr Moorhahn?

Der Notar blinnte durchs Fenster und verbehte wie ausweichend: Gesehen habe ich ihn einmal.

Wissen Sie, der die Geschäfte mit dem Baron Schlettendorf hatte?

Ja, ja, ich erinnere mich seiner, fiel Moorhahn ein. Und was war das für eine Geschichte, die er mit Schlettendorf hatte? fragte Tonbern.

Bringen Sie unsern Freund Dorgelo nicht vom Text ab, bemerkte Moorhahn — er wollte uns erzählen, was der Baron Eggenrode hier im Saale machte.

Nun, er predigte ihr aus Leibkräften Vernunft vor, hub der Förster wieder an.

Meiner Großtante?

Ihrer Großtante, Tonbern.

Das war die letzte Baart zu Mellingstein? fragte Moorhahn.

Ja, fuhr der Förster fort, und weil sie die letzte Mellingstein war und sein näherer Erbe als ihrer Schwester Entel, unser Herr von Tonbern hier, zu den Gilttern da war — Sie wissen, es sind drei Giltter, Mellingstein ist aber das größte — so hatten viele Leute eine große Freundschaft für die Dame.

Wie man sich denken kann, unterbrach Moorhahn den Redenden mit ironischem Lächeln.

Es war, fuhr der Förster fort, dazumal aber gar viel Gottlosigkeit, geistliche Uebung und Frömmigkeit hier in Mellingstein und schwarze, braune und weiße Perren glugen aus und ein und bewachten mit gutem Mut die Tante Benegunds vor leichtsinniger Verwaltung ihres biblischen irdischen Hab und Guts. Die Leute waren sonst nicht uneben und meinten es nach ihrer Weise gut. Aber da war doch ein kleiner Kneifer Viktorus, der machte sich so bei dem gnädigen Fräulein einzuschmiegeln, daß sie das theologische Kränlein zu sich ins Haus nahm; ein Kerlschen, sag ich Ihnen, wie eine an der Kirchenmauer gewachsene Brennnessel.

Na, den alten Eggenrode hätten Sie über ihn sprechen hören sollen! Später hatte er denselben kleinen Viktorus Kling auch in Veracht, daß er den Ratgeber bei dem alten Schlettendorfs gemacht, als diese die Heirat zwischen ihrem Sohne, dem jetzigen Baron, und seiner Tochter nicht zugeben wollten und ein so großer Skandal darüber entstand.

Hatte denn der alte Eggenrode eine Tochter? fragte Retzhard Tonbern dazwischen; davon weiß ich nichts, obwohl ich mich bei dem alten Eggenrode noch loben erinnere; ich habe ihn einmal hier bei der Tante gesehen.

Ja, das werden Sie wohl, entgegnete der Förster, die Tante war die einzige Person, die er zuweilen noch besuchte; ich glaube, in alten Zeiten hatte er Fräulein Benegunds den Hof gemacht, aber es war etwas dazwischen gekommen — was, das weiß jetzt der liebe Gott. Und was die Tochter angeht, die er hatte, so konnten Sie freilich nichts davon wissen, denn in der Zeit, wo sie als Knabe hier bei der Tante zum Besuch kamen, war sie lange tot. Sie war ...

Aber Herr Dorgelo, fiel hier Moorhahn ein, wie ging es mit dem Fräulein von Mellingstein und dem Viktorus weiter?

Ja, mit dem gnädigen Fräulein, sagte der Förster und stopfte die Ähre in seinem Reaschumtopf zusammen — während Reinhard Tonbern forschend den Notar ansah und sich im Stillen fragte: Was hat nur der Herr Notar davor, daß die Rede darauf kommt, wie der alte Eggenrode oder seine Tochter mit Schlettendorf zusammenhängt?

Sehen Sie, fuhr unterdes der Förster fort, der Viktorus Kling bewog die alte Tante, endlich ein Testament zu machen und gerichtlich zu deponieren, auf das sie von allen Verfügungen der lieben Freundin und Verwandtschaft und allen Erbschaftsereien frei werde, und gegen diesen guten Rat ließ sich nichts einwenden. Die Sache wurde beim auch gemacht, das Gericht kam und instrumentierte und fuhr dann wieder ab und hoch das Testament mit, und die Sache war gut, bis endlich die hochwohlgeborene und ehrenreiche Benegunds von Naars, Erbfräulein von Mellingstein und Kffenheim, eines Todes verblü, vom Viktorus Kling mit allem Seelgerat wohl versehen. Nun zeigte sich die Verheerung. Die Güter waren Lehnsgüter, sie hatte also an der Sukzession nichts ändern können, die geübte von Gottes und Rechts wegen hier unsern Herrn Reinhard von Tonbern zu. Auch wurde dieser als Universalerbe eingesetzt. Aber in dem Testament stand zu lesen, daß der Knecht der Güter zweihundert Jahre lang dem Spital des heiligen Severinus und zur Stiftung einer dritten Vikarie an demselben vermacht sein solle.

Als das Testament eröffnet wurde, fuhr Dorgelo fort, war Herr von Tonbern minderjährig. Sein Vater war tot, und er hatte einen Vormund. Dieser Vormund war auch ein frommer, ein totfrommer Mann, der mit allen Professionen ging und geistliche Kinder an die Jungfrau Maria dachte. In seinen Muskelunden war er hochfürstlicher Oberkriegskommissarius. Als er das Testament angefertigt erhielt, nahm er es ohne weiteres für seinen Windel an. Er kam hierher, ließ die alten Stühle, Tische und Schenker, die Feuerstätten und Vertikaschen der guten Tante verkaufen und räumte dem Spital den Nießbrauch der Güter ein. Was aus dem Verkaufte geld war, das bißchen Geld, das die wurmstichigen Kästen und die altfränkischen selbeneden Kleider aufgebracht hatten, war das einzige Vermögen unres Herr von Tonbern, und wenn dieser auch in das Konvikt in der Hauptstadt aufgenommen wurde, so war es für Kleider und Blücher doch bald verkon.

Das Uebrige wissen Sie, Herr Moorhahn, nahm hier Tonbern das Wort. Der alte Vogt ging in die bessere Welt hinüber, wo er seine postischen Blumensträuße der Jungfrau Maria zu Füßen legen konnte und ihr dringend das Spital zum heiligen Severinus nebst der erkrankten Vikarie anempfahlen haben wird, denn er hatte während seiner letzten Lebensjahre außerordentlich viel Gattfreundschaft und Ehre von demselben genossen. Ich war unterdes betraute zu meinen Jahren gekommen und im Unverständnis mit dem neuen Vormund, dessen ich bald nicht mehr bedurfte, klagte

ich gegen das Spital. Ich verlangte Herausgabe der Güter, weil sie nach Behrrecht unbedingt mein seien und mir durch das Testament der letzten Wastin nicht entzogen werden könnten. Aber ich wurde mit meiner Klage abgewiesen, weil ich oder mein Vermund für mich die Erbschaft ohne Vorbehalt und im ganzen, Lehn wie Allod, angenommen hätte.

Ja, ja, sagte Moorhahn; Sie hatten das Allod — Das heißt die Stühle und Tische und die Nachthauben der Tante — einen Plunder, der nicht hundert Taler wert war. ...

Den hatten Sie angenommen und nun auch das Lehn mit den Kästen, welche die Erblasserin darauf gelegt hatte, annehmen. Wichtig, das besagte unsere frühere Geselzgebung — und danach war ich um der elenden Broden, die den Laden eines Kitzkäufers zu schmalen gegangen, um meine drei Lehnsgüter geprellt!

Weil der alte Vogt nicht in Ihrem Namen gesagt hatte: Ich danke für den Kram! rief Dorgelo aus.

So ist's — aber ich ließ mich dadurch nicht abweisen, fuhr Tonbern fort. Ich klagte noch einmal auf Herausgabe, und zwar deshalb, weil die Tante auf meine Lehngüter keine Last gelegt, indem sie den Nießbrauch dem Spital vermacht, sondern weil sie die Güter selber mir entzogen, denn den ganzen Nießbrauch einer Sache auf zweihundert Jahre verpfänden, heißt doch wohl die Sache selber wegnehmen. Nach zweihundert Jahren lebe ich nicht mehr und wahrscheinlich niemand, der sich dann als mein Rechtsnachfolger melden würde — ich meine, wir Tonbern hätten und lange genug in diesem irdischen Jammerthal herumgeschlagen, und es wäre unbillig, wenn die Gerechtigkeit jetzt noch über zweihundert Jahre dauern sollte!

Und diesen Prozeß verloren Sie auch, fiel Moorhahn ein. Es ließ sich dabei freilich manches für Ihre Behauptung vorbringen. Man war auch bei unserm Oszialalgericht anfangs zweifelhaft, wie zu judizieren. Ich darf Ihnen jetzt wohl sagen, Tonbern, daß dazumal allerlei Besprechungen vorkamen. ...

Besprechungen? Zwischen wem?

Nun, zwischen Männern, die sich für den Gang der öffentlichen und, wie das in Staaten gleich unserm ehemaligen nicht anders sein kann, immer zugleich auch sehr privaten Angelegenheiten bestimmten. Es kann ja da keine allgemeine Sache anstehen, oder es sind gleich Leute bei der Hand, die sie in ihrem Topfe haben und sich eine Suppe daraus zu kochen suchen.

Dergleichen Herren sind? fragte Tonbern.

Was soll ich Ihnen Namen nennen? Genua, es wurde über die Sache verhandelt. Es wurde gestand gemacht, daß es dem Adel nicht gleichgültig sein könne, wenn einem seiner Standesgenossen ein bedeutender Besitz entzogen werde; daß darin mehr oder minder eine Schwächung der ritterlich-königlichen Interessen liege; es handelte sich darum, ob es in Zukunft eine ritterlich-königliche Familie mehr oder eine minder im Lande geben solle. Auf der andern Seite wurde aufgestellt, daß die preussische Herrschaft besorge; daß diese über kurz oder lang hereinbrechen und mit Wagnahme indolent vielen Reichthums nicht schuldig sein werde; daß es mithin sehr nicht politisch sei, das kirchliche Element im Lande zu schwächen und ihm einen Besitz zu entziehen, der ihm auch unter preussischer Herrschaft bleiben werde, weil er einem Spital, einer Wohlthätigkeitsanstalt vermacht sei. Bei diesen sich gegenüberstehenden Erwägungen gab nun eine dritte den Ausschlag. Es wurde in Betracht gezogen, daß Sie, Reinhard Tonbern, doch nicht mehr ein materielles Mitglied unserer stolzen Ordnung sein würden: fünfmal sei nicht adlig bei ritterlichen Neigungen, jedoch mehr bürgerlich — bei Viktorus großgezogen und nunmehr gar bei einem Notar zu ephlichem Broterwerb als Schreiber und Gehilfe eingetreten.

So, so, meinte man das? sagte Tonbern, ein wenig erröthend und sich die Lippen beißend.

Es wurde vorgeschlagen, fuhr Moorhahn fort, und, wie gesagt, es gab den Ausschlag.

Ich kann es mir denken. Meine Herren Standesgenossen sind rasch bei der Hand, den, der sich noch seiner Decke streckt, sollen zu lassen. Und darum verlor ich meinen zweiten Prozeß?

Darum, das behauptete ich nicht, entgegnete Moorhahn lächelnd — ich erzähle nur, daß diese Beratung gepflogen ist, und daß später unser Oszialalgericht gefunden hat, ein auf zweihundert Jahre ungeschänkter Nießbrauch Ihrer Güter widerstreite dem Behrrecht nicht.

Nun, man versteht's schon, meinte Förster Dorgelo. Und nun wollen Sie zum drittenmal ansetzen?

Zum drittenmal. Mit Hilfe meines Freundes Paul Bronchorst. Wir haben die Sache ruhen lassen bis jetzt, wo auf preussisch in unserm lieben Vaterlande judiziert wird. Paul Bronchorst meint die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Rechtslosigkeit, oder wie man's nennen will, meines Vormundes durchsetzen zu können, und glaubt auch mit dem Behrrecht noch in der Sache durchzukommen.

Nun, Gott gebe seinen Segen dazu, seufzte Dorgelo — mich soll's von Herzen freuen — ich habe zwar als Verwalter für das Spital auch mein Unkommen — aber es ist doch ein ganz anderer Segen, hat man keine ordentliche Herrschaft im Hause — da geht's was für Zimmer und Dach, da hat man keine Schreiberei um jede Pappalle mit Leuten, die nichts von der Sache verstehen — da gibt's Wälle und Gesellschaft, man erlebt mal wieder ein ordentlich Treiben und andre Ergötzlichkeit — ja, Herr von Tonbern, heißen Sie es nur heraus, und wir wollen Sie hier schon ganz respektlich als Herrn empfangen.

Und wollen Sie mich einmal unter den alten Papieren sühnern lassen? fragte Tonbern aufsehend.

Warum nicht? Es hats mir niemand verboten, den alten Plunder zu zeigen, wenn einer Lust hat, ihn anzusehen. Mitnehmen dürfen Sie aber nicht.

Das ist auch nicht nötig. Wenn wir wissen, daß etwas von Erbschaftlichkeit in den alten Lehnurteilen für uns spricht, so können wir Herausgabe verlangen.

So können die Herren, sagte Förster Dorgelo, sich gleichfalls erheben, und schritt seinen beiden Gästen voraus durch den Saal der Eingangstür zu, und dann draußen die Wendeltreppe empor bis in ein oberes Kurngemach.

(Fortsetzung folgt.)

Das Recht des Einzelmenschen und die Politik.

Am zwei aufeinanderfolgenden Tagen brachte das Berliner Tageblatt über die politischen Probleme des Augenblicks zwei Aufsätze, die sich innerlich nicht miteinander in Einklang bringen lassen. Nicht etwa als ob mangelnde Klarheit in der Fassung zu einer widersprüchswollen Behandlung geführt hätte. Keineswegs — und es mag bei dieser Gelegenheit die Haltung dieses bürgerlich-demokratischen Organs in den gegenwärtigen Zeitläuften ausdrücklich anerkannt werden — aber die Unverständlichkeit der beiden Standpunkte bleibt bestehen, insofern als der eine Verfasser das Vorhandensein der Voraussetzungen bestreitet, ohne die die Forderungen des andern vollständig in der Luft schweben.

Einer, der unter dem Namen Vicinius Stolo schreibt, stellt in einschneidender Weise von dem Abwärtswand der mittleren Rente in einem Artikel, dessen Ziel eher dem einer Proklamation

gleich, das Programm einer radikal-demokratischen Renovierung auf, nachdem tags zuvor Franz Eppmann aus persönlicher Erfahrung heraus nicht nur die vielgerühmte Politisierung des deutschen Volkes gelugnet, sondern geradezu eine Abkehr von der Politik verkündet hat.

Es würde kaum lohnen, diesen Gegensatz zu unterstreichen, wenn er nicht für unsere Tage charakteristisch wäre und ihnen gewissermaßen ihr Gepräge gäbe. Die Artikel von Eppmann und Vicinius Stolo spiegeln zwei Empfindungsreihen wieder, die heute miteinander im Streit liegen, und nicht nur in der Masse des Volkes, sondern häufig genug auch in der Brust des Einzelnen um die Vorherrschaft ringen. Der Wunsch nach der Demokratisierung Deutschlands wird abgelehnt durch die Sehnsucht, sich von aller Beschäftigung mit öffentlichen Angelegenheiten „in des Herzens heilige stille Räume“ zurückzuziehen und den Platz, den die Politik eingenommen hat, der Kestheit einzuräumen. Vom Standpunkt des Politikers aus, der gerade jetzt und in der Zeit, die dem Kriege folgt, alle Kräfte zur Erreichung eines politischen Ziels zusammengefaßt sehen möchte, ist diese Erschlaffung bedauerlich und sogar beschämend. Aber es ist nötig, sie zu erkennen, ihren Ursachen nachzugehen und die müden Seelen wenn möglich aufs neue aufzurichten.

Als Soldat, der im Felde steht, glaubt Eppmann nicht an die Politisierung der Generation, die den Krieg mit ganz wacher und reifer Seele durchgemacht hat. „Das dem Kriege völlig zeitgenössische Individuum hat allmählich gefastet, der „Morder von Staat“ hat es hartnäckig und herrisch bis in jeden letzten Schlupfwinkel des Eigenlebens verfolgt.“

Hat unser Gebährsmann recht? Völligst verallgemeinert er ein wenig in einem bestimmten Kreise genommene Eindrücke. Zielsetzt wird sein Urteil durch persönliches Empfinden beeinflusst. Aber wer im Felde steht, muß ihm beipflichten: die Politisierung hat bei weitem noch nicht den vielfach vermuteten Grad erreicht, und wenn die Sehnsucht nach dem Kestheitlichen naturgemäß auch nur einzeln hervortritt, die Neigung zum Unpolitischen ist jedenfalls vorhanden, und sie ist recht weit verbreitet. Das Zeitunten gelesen, und daß man sich über öffentliche Angelegenheiten diskutiert, beweist nicht das Gegenteil; denn immer steht im Mittelpunkt der Friede und nichts als der Friede, und wenn die Friedensausflüchte erörtert werden, spricht weit mehr das Gefühl und das Empfinden, als Verstand und Wille. Das Empfinden kann möglicherweise einmal zum Willen werden, aber auch dann wird der Wille sich zunächst kein andres Ziel setzen als eben den Frieden.

Daher sollten sich alle Parteien, die von rechts wie die von links, Mühen, gar zu viel Aufhebens von den politischen Forderungen des Mannes an der Front und im Graben zu machen; denn von dem, was nach dem Kriege sein soll und sein wird, macht sich dieser Mann nur ein sehr unklares Bild. Er denkt als Privatmensch, nicht als Politiker.

Die, bei denen bessere Vorbildung und größere Einsicht andres sollten vermuten lassen, unterscheiden sich von der breiten Masse oft genug durch die bewußtere Abklärung der Politik, und zweifellos hat Eppmann recht, wenn er der harten Quantitätsnahme des Individuums durch den Staat diese Unlust an staatlichen Angelegenheiten zuschreibt. Nie hat der Staat seinen Charakter als alles verschlingender „Devilshahn“ so stark offenbart wie in diesem Kriege. Die Verantwortlichkeit ist nicht mehr. Das Individuum hat sein Recht so gut wie vollständig eingebüßt und muß sich mit der Rolle eines kleinen willenlosen Käschens an der gewaltigen Staatsmaschine begnügen. Der Staat hat den Menschen aus seiner Umwelt gerissen, ihn seinem Beruf entfremdet und vielleicht das zerstört, was seines Lebens Inhalt ausmachte.

Diese Allmacht und Allgewalt des Staates, in den ersten Kriegsjahren laut gepriesen und von Organisationsmanagern aller Schattierungen geradezu verhimmelt, hat je länger je mehr ein Unbehagen erzeugt, das sich bei vielen bis zum Widerwillen gegen die Beschäftigung mit staatlichen Dingen steigert. Der Einzelne sehnt sich nach seiner Wiedereinsetzung in den früheren Zustand, und indem er den Staat schlechthin für die Kränkung seiner individuellen Rechte verantwortlich macht, gelangt er zu einer Art von Staatsnegation. Er will zwar dem Staat geben, was des Staates ist, aber keinen inneren Anteil mehr an ihm nehmen, sondern sozusagen abseits vom Staat leben.

Es ist das ein Seelenzustand ganz ähnlich dem, in dem sich am Ende des 18. Jahrhunderts viele Deutsche, und nicht die schlechtesten, befanden. Sie waren des Staates der absoluten Monarchie überdrüssig; und da ihnen die Kraft fehlte, an seine Stelle einen andern zu setzen, zogen sie sich auf sich selbst zurück und strebten danach, im Reich der Schönen, gegen den Bezirk der Politik streng abgegrenzten Sphären zu wohnen. Es war die Zeit, in der Schiller seine Briefe über die ästhetische Erziehung schrieb, d. h. sich nach einem Gelebens für die ästhetische Welt umjah, obwohl doch nach seinen eignen Worten die Angelegenheiten der moralischen ein soviel näheres Interesse darboten und der philosophische Untersuchungsgeist durch die Zeitumstände so nachdrücklich aufgefördert wurde, sich mit dem vollkommensten aller Kunstwerke, mit dem Bau einer wahren politischen Freiheit zu beschäftigen.

Am sich ist die Reaktion des Einzelmenschen gegen die erdrückende Herrschaft des Staatsgebantens heute noch verständlicher als an der Wende des 18. Jahrhunderts. Und nicht minder ist die Herzenssehnsucht nach dem Schönen und der Kunst menschlich zu begreifen. Der Krieg hat das Individuum nicht nur seiner Rechte beraubt, er hat es auch in einen aller Schönheit abgewandten Zustand versetzt. Aber genau so verkehrt wie der Gedanke Schillers war, durch Schönheit zur Freiheit zu wandern, ist die Hoffnung eitel, sich persönliches Recht und ungestörten Genuß der Schönheit durch die Abwendung von der Politik zu sichern. Sie kann auch nur von denen gehegt werden, die im Grunde der Politik noch nie zugewandt waren. Sie glauben sich politisiert, als sie in den ersten Kriegsmomenten in Begleitung machten, von der großen Zeit schwärmten, einiges über die zukünftige Gestaltung der Karte Europas phantasierten, und es war doch zum größten Teil nur Senfstaubluft und zu einem kleinen auch ein auf Abwege geratener Kesthetismus, das ihr Handeln bestimmte. Wäre die Politisierung tiefer gegangen, so hätten sie ein Verständnis dafür besitzen, daß sich heute weniger als je für den einzelnen eine staatsfreie Sphäre schaffen läßt, und daß jeder Versuch, vor dem Staate zu fliehen, nicht nur schicksallos muß, sondern sich auch bitter rächt.

Der Staat kümmert sich nicht um das Wohlbedürfnis des Individuums, und er wird sich ihm, auch wenn der Krieg vorübergegangen ist, heftig genug bemerkbar machen, indem er ihm die Kostenrechnung präsentiert. Da hilft es nicht, den Kopf in den Sand zu stecken. Der Staat ist da und nimmt seine Rücksicht auf die Grenzen, in deren Bereich sich das Individuum zurückziehen hat, und noch wie vor besteht die Gefahr, daß er kommt, um den in ästhetische Betrachtungen Versunkenen wieder aus seiner Welt hinauszumerren und ihn aufs neue in einen dem Schönen und Beschaulichen fernem Kriegszustand hineinzuzwingen.

Der Weg, auf dem die der barten Staatsform Mitten zur Selbstbestimmung und wenn wir es so nennen wollen, zur Schönheit zu gelangen glauben, ist falsch gewählt. Man möchte nicht über die Schönheit zur Freiheit, sondern umgekehrt über die Freiheit zur Schönheit. Nicht vom Staate loslassen zu wollen, ist ein Unbild, es kommt darauf an, sich des Staates zu bemächtigen und

Dann das überlappende Problem, die Interessen des Staats mit dem des Einzelbürgers in Einklang zu bringen, in einer Weise zu lösen, die dem Individuum größere Rechte und der Verteidigung seiner Autonomiebedürfnisse eine größere Sicherheit gewährt. In den erwähnten Vorlesungen über die juristische Erziehung stellt Zschille als das Ideal den Staat auf, in dem das Individuum nicht nur als Objekt betrachtet, sondern auch als Subjekt betrachtet wird, den Staat, der, indem er das unsichtbare Reich der Sitten ausbreitet, das Reich der Erscheinung nicht entwirft.

Nun wohl, die Parole muß also auch heute nicht Freiheit vom Staat, sondern Freiheit im Staat lauten. Doch diese Freiheit im Staat nur in einer sozialistisch fundierten Demokratie erreichbar ist, kann den wirklich vollwertigen Verwirklichern der Menschenrechte auf die Dauer nicht verborgen bleiben. Auf jeden Fall aber müssen die Kulturkämpfer zunächst ihre Müdigkeit und ihren Heberdrang überwinden und sich mit vollem Eifer an der dringenden Arbeit einer Umgestaltung des Staats beteiligen.

Rudolf Breitscheid.

Kleine Chronik.

Neues Theater. Sonnabend, 7 Uhr: Fidelio. Sonntag, 8 Uhr: Mona Lisa. Montag, 7 Uhr: Die kleinen Verwandten; Dichters Ehrentag; Brautkranz. — **Altes Theater.** Sonnabend, 7 Uhr: Griechische Sinfonie (Des Schusters Hausbahn; Odysseus beim Kleinen Polyphemus; Die lustigen Weiber von Ephesus). Sonntag, 7 Uhr: Griechische Sinfonie. Montag geschlossen. — **Neues Operntheater.** Sonnabend, 7/8 Uhr: Die schöne Helena (neu einstudiert). Sonntag, 7/8 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Der Graf von Luxemburg), 7 Uhr: Die schöne Helena. Montag, 7/8 Uhr: Polenblut (volkstümliche Vorstellung).

Leipziger Schauspielhaus. Sonnabend, 7/8 Uhr: Als ich noch im Allgäu war. Sonntag, 2 Uhr: Die Hausdame (Einheitspreise), 6 Uhr: Faust (Mephisto; Paul Wegener). Montag, 7/8 Uhr: Totentanz (Edgar; Paul Wegener). Dienstag, 8 Uhr: Othello (Othello; Paul Wegener). Mittwoch, 7/8 Uhr: Totentanz (Edgar; Paul Wegener). Donnerstag, 7/8 Uhr: Erdgeist. Freitag, 8 Uhr: Othello (Othello; Paul Wegener). Sonnabend, 7/8 Uhr: Die Hausdame. Sonntag, 12. Mai, 3 Uhr: Jettchen Gebert (Einheitspreise), 7/8 Uhr: Als ich noch im Allgäu war. Montag, 14. Mai, 7/8 Uhr: Vor-

stellung für den Verband für weibliche Jugendpflege (Das kleine Spiel von Wilhelm Tell; Die Geschwister). Dienstag, 13. Mai, 7/8 Uhr: Othello. **Battenbergtheater.** Sonnabend, Sonntag, Montag, Dienstag, 7/8 Uhr: Amt und Ehre.

Konzerte und Vorträge. Sonnabend, 7 Uhr, in der Albertshalle: Wohltätigkeitskonzert zugunsten der Säuglingspflege im Bezirk Leipzig-Land.

Albert Tsch, Professor und Oberlehrer an der Kaiser-Oberrealschule, ein Vorkämpfer auf dem Gebiete der Sprachreinigung, ist, 63 Jahre alt, gestorben. Er ist in der Öffentlichkeit hauptsächlich bekannt geworden durch viele kleine Aufsätze und Notizen über Fragen der Sprachreinheit und Sprachwissenschaft, die er in der Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins veröffentlichte: klar und volkstümlich gehaltene Anregungen, die das Sprachbewusstsein schärften. Auch veröffentlichte er unter dem Titel Fremdwort und Verdeutschung im Verlag des Bibliographischen Instituts ein sehr brauchbares Fremdwörterbuch, das dem Kampfe gegen die Fremdwörter dienlich ist.

Städtische Theater in Leipzig.

Neues Theater.

Freitag, den 4. Mai 1917

als Kassen-Vorstellung (4. Folge, braun):

Die Räuberhöhle.

Oper in 2 Akten von Th. W. Rosart. Buch von Emanuel Schöfener. Musik: Ludwig Prof. Hoff. Bühnenleitung: Oberregisseur Dr. Bert. Mitwirkende: Hans Müller, Hans Lehmann, Stefan Napp, Emil Gerbeling, Clara Dauten-Schulthess, Luise Wobes-Bell, Jeanna Roscher, Ella Schulz-Dornburg, Lucia Schäfer, Hedwig Wacker, Ella Stadler, Hans Bernhardt, Ernst Wollmann, Helene Freund, Eugen Hocht, Alfred Wöhl.

Opern-Vorstellung. Anfang 8^{1/2} Uhr. Ende ungefähr 10 Uhr. Bühnenleitung ungenügend.

Altes Theater.

Freitag, den 4. Mai 1917

Die Nacht der Finsternis.

Drama in 5 Akten (8 Bildern) von Graf von Helldorf. Text: Helldorf. Bühnenleitung: Paul Benda. Mitwirkende: Edgar Berger, Lisa Bernic, Frieda Meiß, Paula Konah, Karl Stiller, Karl Düb, Marie Schöf, Victoria Stranß, Marie Schöf, Karl Stiller, Hugo Röger, Felix Richter, Alfred Berger, Hans Schindler, Hans Weiler, Marie Düb, Helene Meiß, Gisela Meiß, Ellen Vogel, Ella Stein, Olga Helm.

Volkstümliche Preise. Anfang 8^{1/2} Uhr. Ende ungefähr 10 Uhr.

Neues Operntheater.

Freitag, den 4. Mai 1917

Unter der blühenden Linde.

Ein volkstümliches Spiel mit Gesang in 3 Akten von E. Kallner u. R. Zschae. Musik von Friedrich Schöf. Bühnenleitung: Paul Benda. Mitwirkende: Edgar Berger, Walter Grabe, Nubi Schaefer, August Wöhl, Edmund Zwick, Rudolf Haas, Wilma Wacker, Emma Wacker, Theresia Meiß, Arthur Weiler, Adèle Althaus.

Volkstümliche Preise. Anfang 7^{1/2} Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Battenberg-Theater

Freitag, den 4. Mai, abends 8 Uhr, zum 14. Male: „**Alte Sünder.**“ Ein heiteres Stück in 3 Aufzügen von Fritz Kirchhoff und Heinrich Hilmar. Sonnabend: Erstaufführung: „**Amt und Ehre.**“ Schauspiel.

Krystall-Palast Theater

Täglich abends 7^{1/2} Uhr: Der beispiellose Erfolg! Zugunsten der örtlichen Kriegswohlfahrts-pflege und des Roten Kreuzes:

Der Nias

Eine Begebenheit aus dem grossen Kriege. Erlebt, geschrieben, inszeniert u. gespielt von Feldgrauen.

Wer Gold bringt, erhält einen guten Freisitz

Mittwochs, Sonnabends, Sonntags nachmittags 3^{1/2} Uhr:

Sonder-Vorstellungen zu kleinen Preisen

Vorverkauf täglich an der Theaterkasse und im Modenhaus Polich

Alle Ehren-, Jahres-, Dauer- und Dutzendkarten mit Ausnahme der Karten für die Herren Vertreter der Behörden und der Presse haben während der „Nias“-Spiele keine Gültigkeit.

Gewöhnliche Preise.

Morgen Sonnabend 3^{1/2} Uhr Nachmittags-Vorstellung zu kleinen Preisen.

Kaffeehaus Corso

Großstr. 1 Augustusplatz Großstr. 1 Schönste und vornehmste Lage Leipzigs. Täglich von 1/4 bis 7 Uhr nachmittags und von 1/8 bis 11 Uhr nachts

Künstler-Konzert

Nach dem Theater, Varietes und Circus lohnt man seinen Ruf, hat oder Schöpfung bei seiner Klaviermusik im Kaffeehaus Corso. Geben aus eigener Konfession. Inh. Georg Soloner.

Haases Restaurant u. Frühstückstube

Sophienstr. 2. Empfehle meine Lokalitäten. Bruno Haase.

Schumanns Destillation u. Frühstückstube

Gilendahnstraße 32. Sollte sich bestens empfehlen. Paul Schumann.

Vaterland-Lichtspiele

Wegen anderer Besetzung der Solo-Künstler muss die für Freitag anberaumte

Gala-Vorstellung

mit **Schwert und Herd** Menschenschicksale im Weltkrieg (6 Akte)

Im Ehrenausschuss: **von Hindenburg** Generalfeldmarschall

Sonnabend

abends 8 Uhr

verlegt werden. Aus dieser Verschiebung tritt an Stelle von **Fri. Rössner: Die Opersängerin Fri. Gertrud Bartsch**

und an Stelle des Herrn Soomer Herr **Kammersänger Alfred Kase**

Vorverkaufskarten zu dieser **Wohltätigkeits-Vorstellung** sind täglich ab 4 Uhr an der Kasse der Vaterland-Lichtspiele zu haben.

Preise der Plätze 75 Pfg. bis 6 Mk.

Promenaden-Restaurant u. Frühstückstube Promenadenstr. 31 — Tel. 5190. Empfehle meine freundlichen Lokalitäten. Schönes Sitzungszimmer (60 Personen fassend). ff. Biere, guten preiswerten Mittagstisch. (6576) * Ergabst Louis Donath.

Wieder zu haben:

Hilfsbuch für Dreher. Gewindefschneiden

mit vollständigen Tabellen von **Dr. H. und Freund** Zweite, vielfach verbesserte Auflage. Preis 2,50 Mk.

Vorrätig in der **Leipziger Buchdruckerei A. G. Vbt. Buchhdlg.** Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 und in allen Filialen der Volkszeitung.

Leipziger Bücher-Ramsch-Halle

Burgstr. 22/24, gegenüb. d. Thüringer Hof. Wissenschaftliche, Unterhaltungs- u. Jugendschriften. Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufzwang. Ankauf von Büchern ausser Zeitschriften und Schulbüchern.

Sonntags-Spaziergänge in Leipzigs weiterer Umgebung.

Von **Gust. Hennig**, illustriert von **G. Kretschmar** und **O. Hommann**. Mit einer Karte der Umgebung Leipzigs.

Erste Folge 3. Auflage Preis 50 Pfg. Zweite Folge 2. Auflage Preis 60 Pfg. Dritte Folge 1. Auflage Preis 50 Pfg. Jede Folge enthält 15 aussergewöhnliche Spaziergänge. Zu beziehen durch alle Filialen und Aussträger.

Verlag der **Leipziger Buchdruckerei A. G. Vbt. Buchhandlung** Leipzig, Tauchaer Straße Nr. 19/21.

Leipziger Schauspielhaus.

Freitag, den 4. Mai 1917 **Die Ratten.** Berliner Tragikomödie in 5 Akten von Gerhart Hauptmann. Spielleitung: Fritz Rogge. Mitwirkende: Hans Reibel, Stella David, Margarete Müller, Gullab Janitsch, Paul Heberich, Marie Heilmann, Jul. Bonat, O. v. Schilling, Reutlich, F. W. Borence, Hans Sturm, M. Richter, Michaelis, Fritz Rogge, Eino Karsten, Paula Strich, Adèle Garten, Reinhold Bolau, Adèle Böhm, Wilhelm Bellwig. **Gewöhnliche Preise.** Anfang 7^{1/2} Uhr. Ende gegen 10^{1/2} Uhr. Die Tageskasse ist geöffnet von 10-12 Uhr. Sonntag bis 11-1 Uhr.

Battenberg

Täglich abends 8 Uhr **Gastspiel Ludwig Mertens Die schöne Türkin** Sensationelle Traum-Groteske in 8 Akten.

Eisbahnauf der Bühne Ausgeführt von den Kunstläuferinnen 3 Jaleonriks.

Fritz Waldow „Der Urkomische.“

6 Antonetts „Eine Viertelstunde im Kinderzimmer.“

Kartenvorverkauf, F. Stein, Markt 16, u. Rest. Battenberg

Volkshaus

Zeltzer Strasse 32

Sonnabend, den 5. Mai **Baers Kriegs-Sänger**

Jeden Sonntag in den Restaurations-Räumen die beliebten **Unterhaltungs-Konzerte**

Treffpunkt der organisierten Leipziger Arbeiterschaft. Angenehmer Verkehr

Grosse Mittags- und Abendkarte Alle Speisen sind gut und schmackhaft bereitet. Hochfeine Biere **Weine**

Frühjahrsmesse 1917

Achtbahn Bergtalbahn Stufenbahn Morgen, Sonnabend, 3-7 Uhr nachmittags, in der Stufenbahn **Großes Kinderfest.** Jedes Kind erhält beim Eintritt ein Geschenk.

Zeitungs-Manufaktur

verkauft **Verlag der Volkszeitung** Leipzig, Tauchaer Straße 19/21

Bermittelte Ausgaben

Steuerzahler auch auswärtige, reklamieren wirksam und diskret durch **Steuerbureau P. Graf** Leipzig, Grimma, Steinweg 14 9-1, 3-7, Sonnt. 9-1. Tel. 17484.

König-Salomo-Apotheke

Grimmaische Strasse 17. Anfertigung aller Kranken-Kassen-Rezepte, schnellste und eleganteste Abfertigung.

Wie werde ich bei einer aus Anlaß des Krieges erlittenen Beschädigung versorgt? Von **Bernig**. 40 Pfg. Leipziger Buchdruckerei A. G. Abteilung Buchhandlung, Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Die Au-träger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Reichstag.

99. Sitzung, Donnerstag, den 3. Mai, nachmittags 1 Uhr. Am Bundespräsidenten: Kracke. Zunächst wird der Beschlusstext betr. den Gehaltsentwurf für den Kaiser-Wilhelm-Kanal in erster und zweiter Lesung debattiert.

Hiernach wird die zweite Beratung des Postetat fortgesetzt. Im Titel „Staatssekretär“: Abg. Landadel (Soz.): Die lange Dauer des Krieges hat auch der Post- und Telegraphenverwaltung große Schwierigkeiten gebracht. In der letzten Zeit scheint es der Verwaltung nicht immer gelungen zu sein, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden.

Die Vorlesungen sind um 2 Prozent zurückgegangen. Das ist wohl auf die Erhöhung der Postgebühren zurückzuführen. Die Landesstellen sollten doch freiwillig auf das Privileg der Postfreiheit verzichten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die halbe Pensionierung führt bei den Schaltern zu unliebsamen Auseinandersetzungen. Um so notwendiger ist die Ausprägung von 2 1/2-%-Zellen.

Die Posttelegraphen sind im vorigen Jahre von der Erhöhung befreit worden. Warum geschieht das nicht auch bei den Posttelegraphen nach Österreich-Ungarn. Sehr wichtig sind die Besoldungsfragen. Bleibt es bei dem vorgelegten Etat, so werden viele Wünsche der Beamten nicht berücksichtigt. Die Leistungen der zahlreichen Frauen und Mädchen bei der Post werden im allgemeinen gelobt, die Bezahlung steht aber in gar keinem Verhältnis zu der Leistung.

Bei der Mehrarbeit, die die Beamten zu leisten haben, sollte man ihren berechtigten Wünschen um so mehr entgegenkommen. Die Erhöhung der Bezüge der Ausbilder, namentlich derjenigen, die schon längere Zeit im Dienst sind, ist dringend geboten. Die Einschreibepakete sollten so bald wie möglich wieder zugelassen werden.

Abg. Dübisch (Sp.): Dem Dank an die Beamtenschaft der Post schließen wir uns an. Ein wie großer Unterschied zwischen der Auffassung der Geschulten und der Auffassung der Ergriffenen besteht, beweist z. B. das Vorkommnis, daß 20 weibliche Postknechte eines Morgens sich weigerten, ihren Dienst anzutreten, weil es ihnen zu kalt sei. Dort und dort sind die Postknechte, hier die Voranstellung des persönlichen Wohlbefindens! Zur Beschleunigung der Briefbefreiung sollte endlich die Anbringung von Briefkästen unten am Haus allgemeiner Brauch werden.

Abg. Flemming (Konf.) warnt vor einer zu weitgehenden Anstellung von Frauen im Postdienst und spricht insbesondere für Verhinderung der Landbriefträger sowie für vermehrte Erholungsurlaub der Beamten. Abg. Meyer-Herford (Nat.): Ungünstige Vermerte in den Personalakten der Beamten sollten nach einer gewissen Zeit gelöscht werden. Das Krankengeld der weiblichen Postbeamten ist viel zu gering. Eine besonders empfindene Härte ist auch, daß die festangestellten weiblichen Beamten nicht untlindbar angestellt sind; in diesem Punkt sollte man sie den männlichen Beamten gleichstellen.

Staatssekretär Kracke: Bei den Klagen über mangelhafte Besoldung der Postknechte darf man nicht vergessen, daß der Post nicht mehr entfernt so viel Wahnlüge zur Verfügung stehen, wie früher. Die Aufhebung der Einschreibepakete ist lediglich erfolgt, weil wir sie tatsächlich bei den gegenwärtigen Personal- und Raumverhältnissen von den anderen Paketen nicht unterscheiden können; einer Entschädigungspflicht haben wir uns dadurch nicht entziehen wollen, wir haben ja auch Wertungen nach wie vor zugelassen. Das Verschwinden von Paketen ist nicht so umfangreich, wie man vielfach sagt, auf je 4000 ist eins verloren gegangen; entschiedene Verwahrung lege ich dagegen ein, daß das Verschwinden von Paketen irgendwie mit der Bezahlung der Postknechte zusammenhängt, wir bezahlen die Postknechte durchaus angemessen.

Abg. Bruhn (D. Fr.) bespricht Postfragen. Abg. Jubeil (Soz. Arb.): Die Missetände im Postverkehr haben ihren Grund in der zu schlechten Bezahlung der Ausbilder und Ausbilderinnen. Die Maßnahme der Nichtbeförderung von Paketen war ein Mißgriff. Die Postverwaltung hat nach dem Postgesetz gar kein Recht zu einer solchen Maßnahme. Die Anzahl der verschwundenen Pakete ist keineswegs gering. Auf einem großen Postamt allein sind 150 Pakete verschwunden, zu denen die Abkante vorhanden sind. Wir geben die Schuld daran weniger den Epigonen als der elenden Bezahlung, durch die sie zu Unrechtlichkeiten verführt werden. Nicht nur die Bezahlung der Postknechte ist ungenügend, auch die Regelung der Beamtengelder bedarf einer durchgreifenden Neuordnung. Empfindlich ist, daß man Arbeiterfrauen, die Briefträgerdienste tun, die Teuerungszulage entgegen hat. (Hört, hört!) Eine solche Frau, die drei Kinder hat, muß mit 82 Mk. monatlich, mit 20.50 Mk. wöchentlich auskommen. Bieleicht erklärt der Staatssekretär, wie sie das machen soll. So behandelt man Frauen, deren Männer im Felde stehen und bei jeder Tag ihr Leben in die Schanze schlagen. (Hört, hört! bei der Soz. Arb.) Bei diesen Verhältnissen darf man sich nicht wundern, daß die Frauen jeden andern Verdienst vorziehen und den Postdienst sehr schnell verlassen, so daß das Postpersonal sehr schnell wechselt. Diesem Verfallschaden kann die Postverwaltung nur durch ausreichende Löhne abhelfen, nicht durch eine Ausbesserung von 20 Pfa., die jetzt, wie ich höre, vorgenommen sein ist. Bei der elenden Bezahlung ist naturgemäß der Krankenbestand in der Post-

verwaltung sehr groß. 79 Milliarden geben wir im Reich für unproduktive Zwecke aus, da müssen wir auch die Mittel haben, um die Beamten, Hilfsbeamten und Ausbilder in den Reichsbetrieben ausreichten zu bezahlen. (Sehr richtig!) Sonst muß alle Arbeitsfreudigkeit zum Teufel gehen. Bei der Reklamierung von Postbeamten scheinen auch an manchen Orten, z. B. Köln, merkwürdige Grundzüge zu herrschen, junge, kräftige Postassistenten werden reklamiert, während ältere, verheiratete Leute Militärdienst tun müssen. Ich bitte den Staatssekretär, diesen Verhältnissen keine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Besonders traffe Missetände herrschen auf dem Hauptpostamt in Schöneberg. Die Behandlung der unteren Beamten und Hilfsbeamten sowie Ausbilder ist dort eine ganz unerbürdliche. Wenn die Geschädigten sich beschweren, so werden sie bestraft. (Lebhaftes Hört, hört! bei der Soz. Arb.) Möge der Staatssekretär für Besserung im Postwesen schleunigst sorgen. (Bravo! bei der Soz. Arb.)

Staatssekretär Kracke: Der Vorredner müßte Klagen gegen bestimmte Beamte und vorher ankündigen, sonst können wir die Sache nicht untersuchen. Er hat ja schon öfter solche Angriffe erhoben, die sich bei näherer Untersuchung als ganz unbegründet herausgestellt haben. — Die Teuerungszulagen sind bei der Postverwaltung nach denselben Grundsätzen geregelt wie bei den übrigen Reichsverwaltungen.

Abg. Dr. Quard (Soz.): Die Bezahlung der Schalterbeamten ist so gering, daß sie damit unmöglich auskommen können. Arbeiterfrauen hat man die Kinderzulage entzogen mit der Begründung, sie hätten ja ihre Männer. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Staatssekretär sagt, die Postverwaltung bezahlt die Hilfskräfte nicht schlechter als die andern Reichsverwaltungen. Aber sie werden nicht entfernt so bezahlt, wie es die heutige Lebensnot erfordert. Das Wort „freie Wahl dem Lichtigen“ muß auch in der Postverwaltung zur Geltung kommen. Wichtig ist bei ihr eine Stelle, die für sozialpolitische Durchbildung der Beamten sorgt. Heute herrscht bei der Postverwaltung der reinste technische Nützlichkeitsstandpunkt. Bei der zahlreichen Beschäftigung der Frauen müßten die Frauen auch eine Vertretung im Beamtenschaft haben. (Zust. b. d. Soz.) Ein Mißbrauch der Postfreiheit ist es, daß der Großherzog von Oldenburg in Hunderten von Telegrammen zur Erwerbung der Mitgliedschaft in dem von ihm geleiteten deutschen Schulschülerversen aufgefordert hat — Es ist ein grundsätzlicher Wandel der organisatorischen Einrichtungen der Postverwaltung nötig. Auch diese Verwaltung hat ihren Anteil an den inneren Reformen, möge sie den rechten Augenblick dafür nicht veräumen. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Stovoski (Sp.): Die Postfreiheit der Landesfürsten vertritt sich nicht mehr mit der heutigen Zeit. In dieser Frage muß dem Empfinden des gesamten Volkes Rechnung getragen werden. (Zustimmung links.) Gegenüber ihrem Beamtentum läßt die Reichspostverwaltung die Initiative sozialpolitischer Vorgehens vermissen. Deshalb kann der Staatssekretär auch nicht das Vertrauen und die Zuneigung seiner Beamten haben. Dies Vertrauen muß er zurückzugewinnen suchen. (Bravo! bei den Sp.)

Staatssekretär Kracke: Die über die Abschaffung der Postfreiheit der Landesfürsten vom Reichstag gefasste Resolution ist vom Bundesrat noch nicht erledigt, und ich kann daher nicht sagen, in welchem Sinne sie erledigt werden wird. — Zu dem vom Abgeordneten Landadel vorgebrachten Fall habe ich lediglich vergessen zu bemerken, daß von einer Verfügung, nach der Kriegsverletzte im Postdienst nicht beschäftigt werden dürfen, mir nichts bekannt ist und daß ich bezweifle, daß eine solche Verfügung erlassen ist. — Dem Abg. Stovoski gegenüber muß ich betonen, daß ich ganz allgemein das Vertrauen der Beamten nicht beziehe.

Abg. Mumm (D. Fr.): Wenn wir neues Land gewinnen, sollen auch die Postbeamten Siedlungsland bekommen. Es muß mehr Bevölkerungspolit von der Verwaltung betrieben werden. Die kleinen Postämter sollten uns auch für den Frieden erhalten bleiben. Damit schließt die Aussprache.

Präsident Dr. Koempel teilt mit, daß eine Interpellation der Konservativen Partei eingegangen ist, ob der Reichskanzler bereit ist, seine Stellung zu dem Beschluß des sozialdemokratischen Vorparlamentes bekanntzugeben, der einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsentscheidungen verlangt, einen Frieden, der zwar internationalen Grundsätzen, aber nicht den Interessen des deutschen Volkes entspreche. Weiter teilt der Präsident noch mit, daß von der sozialdemokratischen Partei folgende Interpellation eingegangen ist:

Interpellation der sozialdemokratischen Partei: Ist dem Reichskanzler bekannt, daß die provisorische Regierung Rußlands sowie die und verbündete österreichisch-ungarische Regierung in gleicher Weise erklärt haben, zum Abschluß eines Friedens ohne Annexionen bereit zu sein? Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um die Uebereinstimmung aller beteiligten Regierungen darüber herbeizuführen, daß der kommende Friede auf Grund gegenseitigen Einverständnisses ohne Annexionen und ohne Kriegsentscheidungen geschlossen werden kann? Der Postetat wird genehmigt, der Beschlusstext über Abrüstung der Telegrammgebühren wird in 1. und 2. Lesung angenommen.

Beim Etat der Reichsdruckerei wendet sich Abg. Kunert (Soz. Arb.) dagegen, daß die dort Beschäftigten Kriegsbeschädigten schlechter gestellt werden als die andern Arbeiter. Was ist geschehen, um Remedie einzutreten zu lassen? Abg. Jubeil (Soz. Arb.): Bei den Teuerungszulagen sollte man nicht zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern unterscheiden. Der Hunger tut in gleicher Weise weh. Bei der schlechten Bezahlung kann es nicht wundernehmen, daß Kassencheine unterschlagen werden.

Ministerialdirektor Althorn: Dem Abgeordneten Kunert bemerke ich, daß den Kriegsbeschädigten die Rente nicht abgezogen wird. Die Debatte schließt. Der Etat der Reichsdruckerei wird genehmigt. Beim Etat für den Reichstag führt Abg. Dr. Wegner (Zentr.) Beschwerde, daß auswärtige Mitglieder des Ernährungsbeirats in Berlin zur Einkommensteuer herangezogen worden sind. Der Etat wird genehmigt. Hiernach vertagt sich das Haus auf Freitag, 1. Mai, mittags. (Kurze Anfragen, die vom Präsidenten mitgeteilten Interpellationen, Etat der Reichsbahn und Militäretat.) Schluß 7 Uhr.

Abg. Kunert (Soz. Arb.) dagegen, daß die dort Beschäftigten Kriegsbeschädigten schlechter gestellt werden als die andern Arbeiter. Was ist geschehen, um Remedie einzutreten zu lassen? Abg. Jubeil (Soz. Arb.): Bei den Teuerungszulagen sollte man nicht zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern unterscheiden. Der Hunger tut in gleicher Weise weh. Bei der schlechten Bezahlung kann es nicht wundernehmen, daß Kassencheine unterschlagen werden.

Ministerialdirektor Althorn: Dem Abgeordneten Kunert bemerke ich, daß den Kriegsbeschädigten die Rente nicht abgezogen wird. Die Debatte schließt. Der Etat der Reichsdruckerei wird genehmigt. Beim Etat für den Reichstag führt Abg. Dr. Wegner (Zentr.) Beschwerde, daß auswärtige Mitglieder des Ernährungsbeirats in Berlin zur Einkommensteuer herangezogen worden sind. Der Etat wird genehmigt. Hiernach vertagt sich das Haus auf Freitag, 1. Mai, mittags. (Kurze Anfragen, die vom Präsidenten mitgeteilten Interpellationen, Etat der Reichsbahn und Militäretat.) Schluß 7 Uhr.

Abg. Kunert (Soz. Arb.) dagegen, daß die dort Beschäftigten Kriegsbeschädigten schlechter gestellt werden als die andern Arbeiter. Was ist geschehen, um Remedie einzutreten zu lassen? Abg. Jubeil (Soz. Arb.): Bei den Teuerungszulagen sollte man nicht zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern unterscheiden. Der Hunger tut in gleicher Weise weh. Bei der schlechten Bezahlung kann es nicht wundernehmen, daß Kassencheine unterschlagen werden.

halten. Das über uns hereingebrochene Elend verteilt sich gleichmäßig auf das ganze Land. Man hätte viel früher gleichwohl organisierten müssen, dann wären uns die schlimmsten Nöte erspart geblieben. In der Frage der Kohlenversorgung hat das berühmte deutsche Organisationsgenie verlagert. Der mächtigste Einfluß der Reichszentrale auf die Kohlenpreise ist vernichtet worden. Unser Vaterland ist in dieser Stelle anscheinend nicht genügend vertreten, Sachsen läßt sich zu sehr beiseite schieben. Wenn auf der einen Seite den in Ariensrieden beschäftigten Arbeitern der Vorwurf gemacht wird, daß sie durch Arbeitsentlassungen ihre vaterländische Pflicht nicht erfüllen, so muß auf der andern Seite ebenso vorzurtelt werden, wenn Fabrikunternehmungen nicht produzieren können, weil sie kein Bergmaterial haben. Sie sind beide in einen Topf zu werfen.

Der erschreckliche Mangel an Hausbrandkohlen und Breitspitz ist eine der bittersten Erscheinungen des ganzen Krieges. Soweit die Großstädte in Frage kommen, sind die Begleitererscheinungen die schlimmsten. Oftmals müßten die Leute von den frühesten Morgenstunden bis zum Abend warten, ohne etwas bekommen zu haben, oder die abgegebene Menge war so klein, daß von einer Befriedigung des Bedürfnisses keine Rede sein konnte. Mehrfach haben die Zustände zu Gesundheitschädigungen der Parteien geführt. Der Zustand hat den bedenklichsten Grad erreicht, so daß Maßnahmen am Platze sind.

Die Verteilung muß sofort geregelt werden. Die Regierung sollte auch hier ihre Aufmerksamkeit den Preisverhältnissen zuwenden, besonders bei der Abgabe von kleinen Mengen. Beim Brennholz ist es nicht nur beim Mangel geblieben, sondern es werden geradezu unerschämte Preise gefordert. Von diesen Dingen ist der Staat nicht ganz freizusprechen. Die Staatsforstverwaltung gibt ihr Holz zu Preisen ab, an die früher nie gedacht worden ist. Die größte Gefahr ist aber der Umstand, daß das Geschäft allgemein vorhanden ist: Der kommende Winter wird noch schlimmer! Da ist noch mit größeren Mängeln zu rechnen. Es muß sofort eine planmäßige Verteilung einsehen, um das Einfließen von Kohlen zu verhindern. Es muß versucht werden, den Winterbedarf rechtzeitig festzustellen; es muß auch für den höheren Abtransport gesorgt werden. Jetzt ist es Zeit! Handeln Sie schnell, damit Sie etwas Ordentliches erreichen! (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Reichhammer (nat.-lib.) führt bei Begründung seines Antrages aus, daß Sachsen in hohem Maße Kohlenzufuhr bedürftig ist. Er rät sich, daß der Ausbau unseres Eisenbahnetzes in den letzten Jahren vernachlässigt worden ist. Die Beziehungen zwischen unserer Regierung und dem Reichskommissariat sind keineswegs zufriedenstellend; der Reichskommissar habe in Sachsen eine Friebsbrücke geschaffen, um auf andern Gebieten frisches Leben erzeugen zu können. Die Fehler der bisherigen Eisenbahnpolitik müßten vermieden werden. Redner schließt schließlich die schädigenden Einwirkungen der Kohlennot auf die Industriebetriebe. (Beifall bei den Nat.-Lib.)

Minister des Innern Graf Nishum: Die Regierung habe zu Beginn des verfloffenen Winters bereits Erhebungen angestellt über einen etwaigen Kohlenmangel und im Dezember auch selbst Bauwagen zum Kohlentransport in Betrieb gestellt. Man hoffe, daß der Handel den Bedarf für die Hausbrandkohle decken könne, wenn ihm genügend Wagen zur Verfügung gestellt würden. Das ist durch 500 bis 600 Wagen geschehen, die natürlich zuerst den notleidenden Gemeinden den Winterbedarf zuführten. Als die Kohlennot immer größer wurde, sind regelmäßig Kohlen, soweit als möglich, abgegeben worden. Die regelmäßige Dillie der Regierung wird aber Ende Mai aufhöre; man hofft, daß dann der reguläre Kohlenhandel imstande sein wird, den nächsten Winterbedarf zu decken. Mitte Mai werde eine Konferenz stattfinden, die sich mit der Frage der Kohlenversorgung beschäftigen werde und zu der alle Beteiligten eingeladen sind. Der Minister dankt der Bevölkerung für ihre Einsicht in der Kohlenfrage und hofft, daß nächsten Winter wieder erträgliche Verhältnisse herrschen werden.

Abg. Günther (Fortf. Sp.) begründet die Interpellation. Trotz hoher Dividenden hätten die meisten Bergwerksunternehmungen noch außerordentlich hohe Abschreibungen vornehmen können. Es herrscht die Meinung vor, daß sich der Bundesrat die Wahrung der Interessen der großen Bergwerksverwaltungen zu sehr angelegen sein läßt zum Schaden der Verbraucher. Ob die vom Minister angekauften Maßnahmen genügen werden, Vorwissenisse wie im vergangenen Winter zu vermeiden, erscheint sehr fraglich. Der Redner hofft, daß die heutige Aussprache dazu beitragen werde, die berechtigten Wünsche der Bevölkerung zu erfüllen.

Finanzminister v. Seidewitz: Der sächsischen Regierung sei von den Bestrebungen, in den deutschen Kohlengebieten weitere Erhebungen der Kohlenpreise herbeizuführen, am liebsten nichts bekannt, das schließt jedoch nicht aus, daß solche Bestrebungen einzelner Bergwerksunternehmungen vorliegen. Die Regierung habe der Preisbewegung auf dem Kohlenmarkt fortgesetzt ihre Aufmerksamkeit geschenkt. Die Preisrückbildung sei seit am 1. April erst vor einigen Tagen in Kraft getreten. Damit dürfte das Steigen der Preise für sächsische Kohlen auf abschbare Zeit zum Abschluß gelangt sein. Uebrigens hätten sich die Grubenverwaltungen im Zwickauer und Lugau-Beisniger Revier verpflichtet, vor einer neuen Preisrückbildung die sächsische Regierung rechtzeitig zu benachrichtigen. Er verleihe, daß die Regierung auch künftig bestrebt sein wird, die Interessen und Bedürfnisse der Allgemeinheit zu wahren und ungerechtfertigten Preisrückbildungen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Zeitweilige Transportbehinderungen im letzten Winter könnten nicht gesehnet werden. Das sächsische Elend hat keine habe aber den gesteigerten Ansprüchen vollständig genügt, was die Bergverwaltung auch ausdrücklich anerkannt habe. Der Minister glaubt, versichern zu können, daß ähnliche Uebelstände wie im vergangenen Winter nicht wieder eintreten werden.

Auf Antrag des Abg. Dr. Roth (Fortf. Sp.) beschließt das Haus die Besprechung der Interpellation. Abg. Reusch (Konf.) erklärt, daß seine politischen Freunde den beiden Anträgen zustimmen. Abg. Nishum (Nat.-lib.): Bei der Knappheit der Kohle sei die Preisfrage an die zweite Stelle getreten; ein Umstand, der ohne weiteres preissteigernd wirke. Zweifellos sei auch eine Preissteigerung der Kohle eingetreten, die niedrigen Kohlenpreise wie vor dem Kriege würden nie wiederkommen. Die Kohlenpreissteigerung habe sich nicht vermeiden lassen; dabei kämen auch die gestiegenen Vergarbeiterlöhne in Betracht. Man müsse aber auch bedenken, daß die Arbeitsleistungen der Bergarbeiter abgenommen haben. Die Kohlenpreissteigerung halte sich noch im Rahmen des Erträglichen.

Abg. Krause (Soz.): Der Vorredner hat die „hohen“ Vergarbeiterlöhne in Verbindung mit den Kohlenpreissteigerungen gebracht. Wir müssen das ganz entschieden verneinen, weil die Erhöhung der sächsischen Vergarbeiterlöhne in gar keinem Verhältnis zu den Steigerungen der Kohlenpreise stehen. Selbst bürgerliche Zeitungen haben die Gewinne der Bergarbeiter als maßgebend bezeichnet. Der sächsische Bergbau erzielte am Vergarbeiter einen durchschnittlichen Reingewinn von 500 Mark. Die Leistungen der Bergarbeiter sind infolge der Ernährungschwierigkeiten zurückgegangen. Die den Bergarbeitern bewilligte Teuerungszulage beträgt nun nach dreijähriger Kriegsdauer nämlich 1.40 Mk., nachdem sie am 1. April um 40 Pfa. ausgebaut worden ist. Diese letzte Erhöhung steht in schroffem Gegensatz zu dem, was die Kohlenpreisrückbildung den Bergwerkbefehlern einbrachte.

Die Regierung sollte den Bergwerkbefehlern mit der Zurückziehung der Kohlenpreisrückbildung drohen, wenn diese nicht eine entsprechende Lohnrückbildung bewilligen, die besonders auch im Schicht-

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer. 99. Sitzung, Donnerstag, 3. Mai 1917, vormittags 11 1/2 Uhr. Zur Verhandlung stehen die Anträge Castan (Soz.) und Reichhammer (nat.-lib.) über den Kohlenmangel.

Abg. Krause (Soz.): Der Vorredner hat die „hohen“ Vergarbeiterlöhne in Verbindung mit den Kohlenpreissteigerungen gebracht. Wir müssen das ganz entschieden verneinen, weil die Erhöhung der sächsischen Vergarbeiterlöhne in gar keinem Verhältnis zu den Steigerungen der Kohlenpreise stehen. Selbst bürgerliche Zeitungen haben die Gewinne der Bergarbeiter als maßgebend bezeichnet. Der sächsische Bergbau erzielte am Vergarbeiter einen durchschnittlichen Reingewinn von 500 Mark. Die Leistungen der Bergarbeiter sind infolge der Ernährungschwierigkeiten zurückgegangen. Die den Bergarbeitern bewilligte Teuerungszulage beträgt nun nach dreijähriger Kriegsdauer nämlich 1.40 Mk., nachdem sie am 1. April um 40 Pfa. ausgebaut worden ist. Diese letzte Erhöhung steht in schroffem Gegensatz zu dem, was die Kohlenpreisrückbildung den Bergwerkbefehlern einbrachte.

Ichne zum Ausdruck kommen muß. Wenn jetzt die Kohlenförderung ausbleibt, so entsteht die größte Gefahr; deshalb verdienen nicht bloß die Interessen der Bergwerksbesitzer, sondern auch die der Bergarbeiter Berücksichtigung. (Bravo! bei den Sozialisten.)

Hg. W. (W.) behauptet, die schließlichen Bergwerksbesitzer seien einfach nicht in der Lage, ihre Leute so zu bezahlen, wie die rheinisch-westfälische Kohlenindustrie.

Minister v. Seydewitz erklärt, daß seit Kriegsausbruch die Fortschritte angewiesen seien, an bedürftige Kriegsteilnehmerfamilien, an Arbeitslose und die sonstige minderbemittelte Bevölkerung Brennholz zu billigem Preise abzugeben. Die Preisverhältnisse bei den Holzversteigerungen seien der Regierung sehr unangenehm, der Staat könne aber trotzdem vom bewährten Wege der Versteigerung nicht abgehen, weil die Nachfrage härter als das Angebot sei.

Hg. Trüber (kons.): Die vom Staate bei den Brennholzversteigerungen erzielten Preise sind nichts anderes als Staatswucher! Wenn der Staat erkläre, daß er von dem altbewährten Wege der Versteigerung nicht abgehen könne, so könne man es auch dem Bauer nicht verdenken, wenn er schließlich auch seine Erzeugnisse bei der starken Nachfrage veräußern lasse.

Nach weiterer uninteressanter Debatte werden die Anträge Casan und Reichammer zur Weiterleitung der Finanzdeputation A übermiesen.

Schluß 5 Uhr. — Nächste Sitzung: Montag, 7. Mai, nachm. 5 1/2 Uhr. Tagesordnung: Rechtsmittel in Besitzsteuerfällen (Schlußberatung).

Maisfeier-Verammlung in Leipzig.

Zur Feier des 1. Mai versammelten sich am Dienstagabend im Festsaal des Centraltheaters eine große Zahl Leipziger Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Versammlung war stark besucht und von einer prächtigen Stimmung getragen. Der Reichstagsabgeordnete Genosse Geyer hatte das Referat übernommen. Er sprach über Völkerverbrüderung und Arbeiterschutz. In etwa zweistündiger Rede feststellte der Redner die Vermehrung, die seiner Rede mit größter Aufmerksamkeit bis zum Schluß folgten und durch Beifallsstürmen während der Rede ihre Übereinstimmung mit dem Redner zum Ausdruck brachten. Wir lassen die Rede in gedrängter Kürze folgen:

Genosse Geyer (Mit lebhaftem Beifall begrüßt): Als die Sozialdemokratie unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes und trotz der Schrecken dieses Gesetzes wieder erstarbt war, beteiligte sie sich 1889 am ersten internationalen Sozialistenkongress in Paris. Schon die Beteiligung an sich bewies ihre Stärke. Sie pfiff auf das Gesetz, wie der Genosse Bratschev in der Reichstagsrede gesagt hat. Die deutsche Delegation, die eine stattliche Anzahl Delegierte umfaßte, nahm die führende Stellung auf dem internationalen Kongress ein. Es waren große Schwierigkeiten zu überwinden und schließlich spalteten sich auch eine Anzahl anarchistischer Teilnehmer von dem Kongress ab. Trotzdem legte die Solidarität, die Gelassenheit der Proletarier aller Länder zu überwinden. Das geschah durch Annahme eines Programms, das allerdings mehr wirtschaftlicher als politischer Natur war. Die gemeinsamen Forderungen, die dort aufgestellt wurden, waren folgende: 8-Stunden-Tag; Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren; 6-Stunden-Arbeitszeit für Minderjährige; Verbot der Nachtarbeit für männliche und weibliche Personen unter 18 Jahren; 24 Stunden ununterbrochene Ruhepause in jeder Woche; Aufhebung des Drucksystems; Errichtung von Fabrikinspektionen auch für die Hausindustrie.

Die Einigung auf dieses Programm erregte in der ganzen Welt großen Jubel, sie machte auch starken Eindruck auf die herrschenden Kreise. In Deutschland blieben die Beschlüsse von Paris verschiedene Wirkungen aus. Die radikalen reaktionären Kreise stritten nach Verschärfung des Sozialistengesetzes. Sie wollten nicht einsehen, daß das Sozialistengesetz schon durch die Tatsache überwunden war. Andre Kreise suchten dagegen der Arbeiterschaft entgegenzukommen und der Sozialdemokratie dadurch den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es kam zu den Februar-Erlassen des Jahres 1890, die ein stilles Neorientierung anknüpften. In diesen Erlassen wurde die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit für Erwachsene versprochen. Diese Versprechungen sind bis heute noch nicht erfüllt. Und was sich sonst in den Verhältnissen der Arbeiter gebessert hat, haben sich die Arbeiter im harten Kampfe erringen müssen. Es ist auch heute noch nicht die Rede von der Gleichberechtigung der Arbeiter, von der in den Erlassen gesprochen wurde. Nun soll ja die jetzt angekündigte Neuorientierung die Gleichberechtigung der Arbeiter bringen. (Zuruf: Wenn wir sie nur erst hätten!) Sie haben recht, wenn wir sie nur erst hätten. Wir wissen, daß die Versprechungen von heute sich auch nur erfüllen werden, wenn sich die Arbeiter zusammenschließen, um sich diese Forderungen zu erkämpfen. Wenn die Versprechungen von 1890 nicht erfüllt worden sind, so wissen wir als Sozialdemokraten, daß daran nicht einzelne Persönlichkeiten die Schuld tragen. Wir brauchen uns ja nur daran zu erinnern, daß die Herrschenden damit drohten, daß ihre monarchische Bestimmung revidiert werden müsse, weil hochgestellte Persönlichkeiten den Wünschen der regierenden Klassen nicht allezeit entsprachen. Die Sozialdemokratie braucht ihre monarchische Bestimmung nicht zu revidieren. Reicht freilich haben wir im Vorwärts ein Verzeichnis zur Monarchie gelesen. (Zuruf.) Wir brauchen uns darüber nicht zu ereuen, wenn wir an unserer Ueberzeugung festhalten, dann wird sich die Spreu von dem Weizen trennen. (Zuruf: Sehr richtig!) Die Herrschenden haben verhindert, daß die Neuorientierung von 1890 vollständig durchgeführt wurde. Sie sind es auch, die sich heute gegen die Neuorientierung stellen.

Welch ein Gebot wird heute gemacht gegen das allgemeine Wahlrecht zum preußischen Landtag. Die Herrschenden wissen recht gut, daß ihre politischen Vorrechte auf das elendeste aller Wahlsysteme gegründet sind. Die Konservativen betonen fortgesetzt, daß sie der Krone das Recht, die Minister zu ernennen, nicht bestreiten wollen. Aber immer handeln sie nach dem Grundsatz: Unser König absolut, wenn er unsern Willen tut.

Es ging damals im Jahre 1890 nicht nach dem Willen der Konservativen. Das Sozialistengesetz fiel und mit ihm sein Vater, der Kanzler Bismarck. Dem Kongress von Paris folgte der von Versailles im Jahre 1891. Hier wurden dem wirtschaftlichen Programm politische Forderungen angefügt. Der Kongress manifestierte gegen den Krieg und für den Völkerverbrüderung. Diese Forderungen wurden auf einer Anzahl weiterer internationaler Kongresse erneut aufgestellt und erweitert. Sie richteten sich in erster Linie gegen das Weltkriege und gegen die Kriegspolitik. Selber war die Kraft der Internationale nicht groß genug, den Krieg zu verhindern. Wohl veranfaßten die Arbeiter Demonstrationen gegen den Krieg. Auch hier in Leipzig fanden solche statt, wie sie bis dahin noch nicht gesehen wurden. Aber der Krieg kam trotzdem. Mit dem Ausbruch des Krieges zeigte es sich, daß die Sozialdemokratie in den verschiedenen Ländern einen nationalen Rückfall erlitten hatte, zum schwersten Schaden für die Arbeiter der ganzen Welt. Die Sozialdemokraten ließen sich in ihrer Mehrheit von der Phrase des Verteidigungskrieges einfangen. Jede Regierung verstand es, die Dinge so darzustellen, als ob sie einen Verteidigungskrieg führe, und die Opposition der Sozialdemokratie blieb in der Minderheit. Wir haben alles versucht, das diplomatische Rätsel zu entschlüsseln. Wir warteten und sagten: Die diplomatische Regie der Regierung hat es immer verstanden, einen Krieg als Verteidigungskrieg hinzustellen, auch wenn die Provocation auf ihrer Seite war. Weiter sagten wir: Die Sozialdemokratie ist als Feind jeder Kriegspolitik an die Beschlüsse der internationalen Kongresse gebunden. Drittens müsse ein Abweichen von unserer bisherigen Politik und ein Unterliegen der Kriegspolitik ungeheure Verwirrung in unserer Partei hervorrufen und schließlich weisen wir darauf hin, daß durch die Unterstützung der Kriegspolitik die Internationale zerrissen wird.

Die Warnung der Opposition wurde in den Wind geschlagen. Nun wütet der Krieg mit Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit beinahe drei Jahre. Unverkennbar zeigt sich

aber, daß das Friedensbedürfnis in den Massen immer stärker wird. In allen Ländern, bei allen Völkern lautet jetzt die Parole: Brot, Frieden, Freiheit! Je länger der Krieg dauert, um so schlimmer wird es mit der Volksernährung. Die Verpflegung der Heere verschlingt weit mehr, als sonst verbrannt würde. Durch die Aufsammlung und Transporte verderben viele Nahrungsmittel. Durch den U-Boot-Krieg werden ungeheure Mengen von Nahrungsmitteln vernichtet, dadurch verarmt der Weltmarkt. Die Fortsetzung des Krieges verschlimmert also die Ernährungsverhältnisse bei allen Völkern. Daher protestieren wir am 1. Mai abermals gegen die Fortführung des Krieges. Den Herrschenden, die die Verantwortung für die Fortführung des Krieges tragen, rufen wir heute zu: Schließt Frieden!

Wie stark das Friedensbedürfnis der Massen ist, das hat sich in jüngster Zeit gezeigt. Wir wissen auch, daß der Krieg die gleichen Wirkungen in andern Ländern auslöst. Heute, am 1. Mai, feiern die Arbeiter in Wien und Budapest und in den andern Städten von Oesterreich den Völkerverbrüderung und in der Resolution, die dort vorgelegt wird, bekunden die Versammelten ihren Willen für einen sofortigen Friedensschluß ohne Eroberung und ohne Demütigung irgendwelcher Kriegerländer.

Die Massenbewegung gegen den Krieg wird immer stärker, das kann niemand verhindern, auch der General-Örder nicht. Was hindert denn den Friedensschluß? Wenn die deutsche Regierung erklärt, wie wir es schon längst gefordert haben, daß sie keine Annexionen machen will, dann können wir sehr schnell Frieden haben. Plant aber die deutsche Regierung Annexionen, dann geht der Krieg weiter, und welche Wirkungen dann bei den Völkern ausgelöst werden, das weiß noch niemand.

Nach wissen wir nicht, wann der Friede geschlossen wird, aber endlich ist doch durch die russische Revolution ein Lichtblick in die traurige Zeit gefallen. Die russische Revolution, deren Bedeutung größer ist als die der französischen von 1789, ist noch nicht abgeschlossen, aber eines steht fest: Die Vertreter der russischen Arbeiter wollen Frieden und Freiheit. Der Frieden wäre also sehr bald möglich, wenn von allen Regierungen auf Annexionen verzichtet würde.

Unsre Parole lautet: Gegen den Krieg, für den Frieden! Danach richtet sich auch unsre politische Tätigkeit. Noch nie haben wir so aus vollem Herzen den Ruf nach Frieden und Freiheit erhallen lassen, als heute am ersten Mai! Wir verlangen als Sozialdemokraten, die Entscheidung des Volkes über Krieg und Frieden und rufen über die Grenzen unsrer Genossen in den andern Ländern zu: Wirkt mit uns für den Frieden! Wenn diesem Rufe Folge geleistet wird, dann wird es auch gelingen, die Internationale neu entstehen zu lassen. Am 15. Mai soll in Stockholm die internationale Sozialistenkonferenz zusammentreten. Hoffen wir, daß sie legendreiche Arbeit für den Frieden zu leisten vermag. Hoch der Völkerverbrüderung! Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Die Versammelten stimmten begeistert in das Hoch ein und spendeten dem Redner stürmische, langanhaltende Beifall. Darauf schloß der Vorsitzende, Genosse Schröder, die Versammlung.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Die Bestimmungen über die Hauschlachtungen.

In einer Ergänzungsverordnung zu der Bekanntmachung über die Regelung des Fleischverkehrs vom 21. Oktober 1916 sind die Bestimmungen über die Hauschlachtungen neu zusammengefaßt und ergänzt worden. Hiernach werden vom 1. Oktober 1917 an Hauschlachtungen nur noch genehmigt, wenn Schweine oder Rinder mindestens drei Monate in der eigenen Wirtschaft gehalten worden sind, da mit der bisherigen Sechswochenfrist vielfach Mißbrauch getrieben ist; Personen, die weder die nötige Sachkenntnis, noch auch geeignete Stallungen und Futtermittel besaßen, haben Schweine die Mindestfrist von sechs Wochen durchgehalten, ohne Rücksicht auf den Erfolg, lediglich, um sich erhöhte Selbstverwertung zu sichern. Aus demselben Grunde ist der Erwerb von Schweinen von mehr als 60 Kilogramm Lebendgewicht zum Zwecke der Selbstversorgung nunmehr allgemein untersagt worden. Weiter wird bestimmt, daß der Selbstverleger, der in den Monaten September bis Dezember schlachtet, Vorräte höchstens für ein Jahr, bei Schlachtungen zu anderer Zeit höchstens bis zum Schluß des Kalenderjahres behalten darf. Hierdurch soll die unwirtschaftliche Aufkapelung von Vorräten auf allzulange Zeit verhindert werden.

Eine weitere Vorschrift bildet die Abgabe von Fleisch aus der Nation des Selbstverlegers an Dritte gegen Entgelt an die Genehmigung des Kommunalverbandes, damit nicht wucherlicher Kettenhandel mit angeblich kartentem Fleisch aus dieser Quelle gespeist werden kann. Im übrigen führt die Verordnung eine schärfere Ueberwachung der Hauschlachtungen durch genaue Feststellung des Schlachtgewichts, amtliche Ueberwachungspersonen und Beurkundung der ermittelten Gewichte ein, wozu die näheren Ausführungsbestimmungen von den Landeszentralbehörden ergehen. Erwähnt sei schließlich, daß die Verordnung den Landeszentralbehörden das Recht gibt, Frankenhäuser und ähnliche Anstalten zur Versorgung ihrer Insassen und gewerbliche Betriebe zur Versorgung ihrer Angestellten und Arbeiter auch als Selbstverleger anzuerkennen, wenn sie Rinder mästen und zur Hauschlachtung bringen wollen.

Beschärfte Maßnahmen für die Schlachtviehbeschaffung.

Der preussische Staatskommissar für Volksernährung hat zur Beschaffung des für die erhöhte Fleischration erforderlichen Viehes einen Erlaß an die zuständigen Behörden gerichtet, dem wir folgen des entnehmen: Es ist ausgeschlossen, daß die erforderlichen Viehmengen von den Viehhändlerverbänden freihändig beschafft werden können. Die Provinzialfleischstellen werden daher sofort diese Viehmengen auf die Kommunalverbände umlegen. Jeder Kommunalverband ist zur Aufbringung der ihm auferlegten Menge unbedingt verpflichtet. Sollte ein Kommunalverband durch die Umlage überlastet sein, so kann ihn dies nicht hindern, zunächst die einzelnen Wochenmengen aufzubringen, bis die Nachprüfung erfolgt ist. Auf Spannmittel soll nicht zurückgegriffen werden, auch die kleinen Viehhaltungen von ein bis zwei Stück sind zu schonen. In den eigentlichen Weidprovinzen wird das auf Zeitweide gestellte Magervieh zunächst bis zum Juli nach Möglichkeit geschont werden müssen. Hochtragende und reichlich Milch gebende Tiere sind, soweit es die Verhältnisse irgend erlauben, von der Zwangsabführung auszuschließen. Die Viehhändlerverbände sind angewiesen, sobald ein Kommunalverband die ihm durch die Provinzial- (Bezirks-) Fleischstelle aufgegebenen Wochenmengen nicht aufbringt, sofort Anzeige über die Mindestaufbringung zu erstatten.

Gemüsepflanzen!

Gemüse pflanzen! heißt es jetzt überall, um bald das erste frische Grügemüse ernten zu können. Bezugsquellen für Gemüsepflanzen aller Art weist die „Gemüsepflanzen-Wachweise“ des Ausschusses für Kleingartenbau der Zentralstelle für Wohnungswirtschaft im Landesverein Sächsischer Heimatschutz, Dresden-Nußtadt, Schlegelstraße 24, II, nach, die unentgeltlich an alle Beteiligten über das ganze Königreich Sachsen verbreitet wird. Dieselbe wird von allen Pflanzengärtnereien für ihre Angebote benutzt. Andererseits ist in einer „Suchliste“ Vereinen, Kriegsausstellungen usw. Gelegenheit geboten, bei größerem Bedarf durch Besuche die nötigen Pflanzmengen herbeizuschaffen, soweit sich dies am Platze als nicht möglich erweist.

Landwirte, achtet auf die Kriegsgefangenen!

Bei dem Gemeindevorsteher Butschke Ripping im alten-burgischen Oberbilla sind zwei französische Kriegsgefangene seit anderthalb Jahren beschäftigt, während ein dritter erst vor kurzer Zeit dazugekommen ist. Der letztere nun wurde dabei abgefahrt, als er die als Saatgut bestimmten Kartoffeln durch Anstechen der

Augen mit einem solchen Instrument teillos machte. Er hatte hatte bereits 25 Pfund auf diese Weise zugerichtet, als ihm das Handwerk gelegt wurde. Natürlich wurde der Mann festgenommen. Er sitzt im Gefangenenlager Merseburg seiner Bestrafung entgegen. Die Landwirte mögen aus diesem Fall wieder lernen, daß die ihnen untergebrachten Kriegsgefangenen steter Ueberwachung bedürfen.

Keine Rationierung von Obst und Gemüse.

Wie mitgeteilt wird, soll in Zukunft bei Gemüse und Obst von jeder Beschlagnahme und Rationierung abgesehen werden. Die Ware wird auf dem Markte und beim Kleinhändler zu haben sein. Sehr vorteilhaft scheinen die Lieferungsverträge auf Frühlingsgemüse eingewirkt zu haben. Man darf damit rechnen, daß wir eine doppelt so große Gemüseernte haben werden, wie in Friedensjahren. Durch Lieferungsverträge ist fast die Hälfte des Friedensanbaus erhalten worden. Fast alle Großstädte haben sich an diesen Lieferungsverträgen beteiligt, aber auch Kleinstädte und die Kreisverwaltungen.

Bitterfeld. Einbrecher beim Ortsvorsteher. Wie bereits vor mehreren Monaten wurde jetzt wieder beim Ortsvorsteher im nahen Müdenstein ein Einbruchdiebstahl verübt. Gestohlen wurden Fleisch und Wurkwaren im Werte von etwa 100 Mk., die mehreren Familien gehörten, welche ihr Geschloß dort räumten. Das Verbrechen ist in einem Saal fortgeschleppt worden, doch haben die Diebe mehrmals gehen müssen, um alles fortzubringen. Der Saal wurde in der Nähe der Eisenbahn gefunden, wohin auch die Spuren durch die Grube führten. Dort ist das Bestohlene offenbar in Sandhaufen verpackt worden.

Aus der Reichshauptstadt.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich am Donnerstag in geheimer Sitzung mit dem Plan des Magistrats, Eigentumsrechte der Kohlenbergwerke Treier I-III und benachbarter Kohlenfelder zu erwerben. Als Hauptgrund für die Vorgabe bezeichnet der Magistrat, daß die städtischen Gasanstalten in Zukunft in erster Linie dem Kokerbetrieb gewidmet sein sollen, wobei Gas nur als Nebenprodukt abfalle. Nur auf diese Weise sei es möglich, der Berliner Bevölkerung künstlich billigeres Gas zu liefern. Der Bezug der Kokerkohlen zum Kokerbetrieb müsse aber unbedingt sichergestellt werden. Der Kaufpreis für den Erwerb soll nach den Vorschlägen des Magistrats in folgender Weise geregelt werden: Für den Auz wird ein Preis von 14 500 Mk. gezahlt, und zwar die Hälfte der Gesamtsumme in bar mit 5 Prozent Zinsen vom Tage der Uebernahme der Auz, ein Viertel in 5prozentiger Kriegsanleihe zum Anrechnungskurse von 98 Prozent und ein Viertel in 4prozentiger Berliner Stadtschuldverschreibungen zum Anrechnungskurse von 91 Prozent. Beide Viertel vom Tage der Uebernahme der Auz an. Die zu erwerbenden Auz werden derart geliefert, daß die Stadtgemeinde Berlin in jeder der drei Gewerkschaften die Mehrheit hat. Die Stadtgemeinde Berlin ist verpflichtet, außer den 1503 Auzen noch weitere Auz der gedachten Gewerkschaften abzunehmen, die der Schaaffhausen'sche Bankverein innerhalb 3 Wochen nach Vertragsabschluss liefern sollte.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung genehmigte die Uebernahme der Müllabfuhr in den städtischen Bereich. Ein Dringlichkeitsantrag der liberalen Fraktion, den Magistrat zu erlauben, gegebenenfalls im Zusammenwirken mit den Magistraten der andern Gemeinden Groß-Berlins die erforderlichen Maßnahmen halbunabhängig zu treffen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Brennmaterial für die nächste Heizperiode sicherzustellen, wurde einem Ausschuß überwiesen. Oberbürgermeister Dr. Scholz erklärte, daß gegenwärtig Kohlenablässe nicht aufstehen zu bringen seien; der Stadtrat werde sich in seiner nächsten Sitzung damit beschäftigen. An Stelle des gestorbenen stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers Geh. Studienrat Subatsky wurde mit 39 von 42 abgegebenen Stimmen der Landtagsabgeordnete Diefel gewählt.

Dauermilch für größere Kinder. Die Stadt Berlin gewährt den Kindern, die nicht mehr vollmündig sind, also den Kindern von 8 bis zu 14 Jahren, einmalig eine Portion Dauermilch, und zwar entweder kondensierte oder sterilisierte Milch. Die Verteilung erfolgt auf Grund von Bezugsscheinen, die von den Brotkommisionen in der Zeit vom 5. bis 7. Mai ausgeben werden. Die Bezugsscheine räume der Brotkommisionen werden auf diesem Zwecke am 5. und 7. u. 9. u. 11. Uhr und von 5 bis 8 Uhr, sowie am 6. u. 8. u. 11. Uhr geöffnet sein. Die Bezugsscheine sind dann von den Berechtigten bis zum 11. Mai an einem der durch hellbraune Verkaufsschilder gekennzeichneten Geschäfte zur Abtrennung der Anmeldebüchlein vorzulegen. Die Waren selbst wird dann einige Tage nach Ablieferung der Anmeldebüchlein in den Geschäften gegen Abgabe der Bezugsscheine erhältlich sein. Die Verkaufsstellen werden auch durch Säulenansatz bekanntgegeben.

Erhöhung der Gebühren für Bekommen. Der Polizeipräsident hat die Gebühren für Bekommen erhöht, und zwar für den Bestand bis zu 12 Stunden 10 bis 30 Mk., für jede folgende Stunde 50 Pf., bis 2 Mk. Die Grundgebühr, die früher 750 Pf. betrug, ist jetzt auf 10 Mk. erhöht worden.

Schmuggel mit Fleischwaren. Die Bahnpolizei am Alexanderplatz beschlagnahmte Reiseförbe, die 50 Pfund Kalbfleisch und 184 Pfund Schweinefleisch enthielten. Das Fleisch war in ganz neuen wolle Decken eingeschlagen. Auf dem Sächsischen Bahnhof wurden polizeilich zwei Körbe angehalten, die mit 156 Pfund Schweinefleisch, 60 Pfund Kalbfleisch und 11 Pfund Margarine beschwert waren. Die beschlagnahmten Fleischwaren wurden der Massen-speisung überwiesen.

Aufgehobene Brotmarkenbruderei. In einem Hause der Burgstraße wurde eine Bruderei zur Herstellung gefälschter Broten am 1. Mai durch die Polizei aufgehoben.

Einen Raubmordversuch an der Kaufmannsrau Wreka Lehmann, Hans-Ufer 8, beging Donnerstagmorgen die im 28. Jahre stehende Dienstmagd Nina Matzer. Das Dienstmädchen war Mittwoch dort zugezogen; es versuchte die Frau mit einem zusammengedrehten Handtuch zu erdrosseln, nachdem es sie mit Faustschlägen zu betäuben versucht hatte. Frau Lehmann wehrte sich und schrie um Hilfe. Hierdurch wurde das Mädchen von seinem Vorhaben abgebracht und entflohen. Wahrscheinlich wollte das Mädchen die Frau berauben.

Zum Mädchenmord in Spandau sind die Ermittlungen nach dem Täter bisher ergebnislos geblieben. Die ermordete Anna Schreiber war trotz ihres jugendlichen Alters äbel beleumundet und hat oft ihre Wohnung gewechselt. Zuletzt muß sie sich in Berlin aufgehalten haben, worauf eine bei der Toten gefundene Eisenbahn-Wochenkarte Berlin-Spandau hindeutet. Die erfolgte Obduktion ergab, daß der Tod durch drei tiefe Messerstiche in den Kopf herbeigeführt worden ist. Die mehrere Personen bekunden, ist der Mord in den Anlagen des Linden-Ufers geschehen und der Täter, ein mittelgroßer Mann, hat sein Opfer dort in ein Gebüsch am Ufer geschleppt, worauf er flüchtete.

Von Nah und Fern.

Eisenbahnunfall.

Berlin, 3. Mai. (Ämtliche Meldung.) Heute nachmittags 4 Uhr 7 Minuten entgleiste auf Bahnhof Charlottenburg beim Stellvert. Bf. im krummen Strang der Weiche Wa von dem nach Stahnsdorf fahrenden Stadtbahnzug 2460 der in der Mitte des Zuges laufende Wagen 2. Klasse Nr. 2960 mit 2 Personen. Personen nicht verletzt. Materialschaden nicht entstanden. Ursache der Entgleisung noch nicht aufgeklärt. Diezüge erlitten geringe Verspätungen. Die Störung war um 4 Uhr 40 Minuten nachmittags wieder behoben.